



14. Stadtratsprotokoll / 14^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 15. November 2018, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 15 novembre 2018 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Fischer Pascal, Frank Lena, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Francescutto Luca, Zumstein Joël, Freuler Fritz, Gurtner-Oesch Sandra

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Vorsitz / Présidence:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

211. Ordnungsantrag	582
• Fraktionserklärung SP/JUSO	582
• Fraktionserklärung SVP/Die Eidgenossen	583
212. Genehmigung der Traktandenliste	584
• Ordnungsantrag	584
213. Mitteilungen Stadtratsbüro	585
214. Ersatzwahl Kommisison RSO	586
215. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission	586
216. 20160291 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Kreuzplatz Nord» (ZPP 2.1.) / Botschaft	587
• Botschaft	600
217. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180366, Maurice Rebetez, Groupe PSR, «Terrassen und Ausgestaltung der Marktgasse»	601
218. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20180365, Lena Frank, Fraktion Grüne, «Keine Schlupflöcher bei der Mehrwegpflicht»	601
219. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20180364, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, «A5 Westast Marsch-Halt, Dialog und Vergleich auf Grund der aktuellen Verkehrszahlen»	601
220. Begründung der Dringlichkeit der Motion 20180363, Olivier Waechter, Groupe UDC/Les Confédérés, «Stadtpräsidium: neuer Vorschlag»	602
221. Begründung der Dringlichkeit der Motion 20180362, Ruth Tennenbaum, Fraktion Einfach libres!, «Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5»	602
222. Ordnungsantrag	602
223. Interpellation 20180099, Joël Zumstein, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Erfolg von Einbürgerungen»	602
224. Überparteiliches Postulat 20180225, Lena Frank, Grüne, Judith Schmid, PdA, Muriel Günther, SP, Anna Tanner, SP, Myriam Roth, Grüne, «Lohnungleichheit auch im Beschaffungs- und Subventionswesen»	603
225. Überparteiliches Postulat 20180098, Lena Frank, Grüne, Judith Schmid, PdA, Anna Tanner, SP, Myriam Roth, Grüne, Muriel Günther, SP, «Garantie der Lohnungleichheit in der Stadt Biel»	604
226. Überparteiliches Postulat 20180123, Myriam Roth, Grüne, Lena Frank, Grüne, Judith Schmid, PdA, Muriel Günther, SP, Anna Tanner, SP, «Gleichstellung von Mann und Frau: Bestrebungen notwendig»	605
227. Überparteiliches Interpellation 20180127, Titus Sprenger, Passerelle, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Lena Frank, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, «Lohnungleichheit; Wie gross sind die Unterschiede im Detail?»	607
228. Postulat 20180097, Martin Scherrer, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Ampelanlage Portstrasse»	608
229. Interpellation 20180100, Joël Zumstein, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Monitoring städtischer Subventionen»	610
230. Dringliches überparteiliches Postulat 20180253, Dennis Briechle, GLP, Anna Tanner, SP, Lena Frank, Grüne, Reto Gugger, BDP, Judith Schmid, PdA, «Beschränkung von E-Bikes bei Bike-Sharing-Plattformen»	610
231. Dringliche Interpellation 20180223, Levin Koller und Muriel Günther, Fraktion SP/JUSO, «Wie viele gemeinnützige Wohnungen hat Biel?»	613

232. Dringliche Interpellation 20180222, Pascal Bord, PRR, «Wie setzt sich die Stadt Biel nach dem Weggang von Moutier für die Interessen der Bielerinnen und Bieler ein?»	615
233. Dringliche Interpellation 20180221, Mohamed Hamdaoui, Fraktion PSR, «"Texas" oder "OK Corral"?»	617
234. Dringliche Interpellation 20180254, Lena Frank, Grüne, «Mehrweggeschirr – wann wird die Verordnung endlich angewendet?».....	617
235. Dringliche Interpellation 20180255, Lena Frank, Grüne, «Verkehrssituation am Big Bang»	620
236. Überparteiliches Postulat 20180122, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, Miro Meyer, JUSO, «Kriterien zur Förderung des Gemeinwohls in Ausschreibungen integrieren»	622
237. Interpellation 20180125, Max Wiher, GLP, «Anschaffung EWK-Produkt Nest und weitere Lösungen»	625
238. Interpellation 20180126, Reto Gugger, BDP, «Optimierung der Arbeitsabläufe bei der Dienststelle "Einwohner- und Spezialdienste"»	626
239. Verabschiedung Stefan Kaufmann	627
240. Neueingänge.....	632

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Je vous souhaite la bienvenue à cette séance du Conseil de ville. Spécialement, je souhaite la bienvenue à Madame Joseline Stolz, qui remplace Monsieur Mamadou Diop au sein du Groupe PSR. Je vous souhaite plein succès, beaucoup de plaisir et tout de bon.

Vous trouvez sur vos pupitres:

- Invitation pour une soirée "Soupe" le jeudi 22 novembre 2018 de la "Schweizertafel". Il s'agit d'une action nationale
- Invitation pour la Cuisine populaire pour leur repas annuel de soutien qui se déroulera le 24 novembre 2018
- Journal Vision 2035, que vous connaissez déjà très bien

Für die heutige Stadtratssitzung wurden mir zwei Fraktionserklärungen angekündigt, wobei es sich bei der einen eher um eine persönliche Erklärung handelt... Ich möchte deshalb an Art. 46 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) erinnern: *Die Fraktionen können zu Beginn der Sitzung durch ihre Sprecher oder Sprecherinnen grundsätzliche Erklärungen oder Stellungnahmen von allgemeinem Interesse abgeben. Die Fraktionserklärungen sind dem Stadtratspräsidenten oder der Stadtratspräsidentin schriftlich vorzulegen. Eine Diskussion findet nicht statt, doch haben die andern Fraktionen das Recht, durch ihre Sprecher oder Sprecherinnen Stellung zu beziehen.* Soweit zum Reglement. Gestützt darauf lasse ich die angekündigten Fraktionserklärungen zu.

211. Ordnungsantrag

Fraktionserklärung SP/JUSO

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: An der letzten Stadtratssitzung am 18. Oktober 2018 hat ein Mitglied der Fraktion FDP unserer Kollegin, Muriel Günther während ihres Votums zum Postulat 20180096 «Kompensationstag für die geschlechtsspezifische Lohnungleichheit» *"gränn doch"* zugerufen. Ein Zwischenruf der von einem anderen wiederholt wurde. Die Fraktion SP/JUSO ist bestürzt über dieses Verhalten und verurteilt dieses als inakzeptabel. Wir sind uns bewusst, dass die Debatten manchmal sehr emotional verlaufen und dass provokante und pointierte Voten sowie Zwischenrufe zum Stadtrat gehören. Die Auseinandersetzungen sollten jedoch auf einer politischen Ebene und nicht mit unanständigen Beleidigungen erfolgen. Persönliche, niveaulose Angriffe und solch respektlose Zwischenrufe sind deshalb nicht zu tolerieren. Wenn Erwachsene zusammen diskutieren, haben solche keinen Platz. Dieser Zwischenruf war aber nicht nur höchst unanständig und verletzend, er war vor allem auch sexistisch. Sexistisch, weil es bei der Diskussion um die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann ging, ein Thema bei welchem es um Ungleichheiten der Geschlechter geht. Doch statt, dass die älteren Herren der Fraktion FDP die feministischen Anliegen der jungen Frau aus unserer Fraktion zur Kenntnis nahmen, wurde *"gränn doch"* dazwischengerufen. Ist das wirklich die Art, mit der Sie auf Anliegen von Frauen reagieren wollen? Ist es wirklich ihr Ernst, auf solche Voten, in denen es um die Diskriminierungen von Frauen geht, mit *"gränn"*

doch" zu antworten? Solches Verhalten zeigt, dass wir immer noch in einer patriarchalen Gesellschaft leben, in der Frauen systematisch abgewertet und als minderwertig betrachtet werden. Dass wir in einer Gesellschaft leben, in der man Frauen beleidigt statt ihnen zuzuhören, sobald sie ihre Rechte einfordern. Wer sich etwas mit der Thematik befasst, sieht sofort, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt. Das Ganze hat System und wir haben ein solches Beispiel eben auch bei der letzten Stadtratssitzung erlebt. Wenn wir diese Themen ansprechen, werden gewisse Machtverhältnisse aufgedeckt und angeprangert. Wie dieses Beispiel zeigt, wird immer wieder versucht die Menschen, welche sich im Moment noch in der diskriminierten Position befinden und dies aufzeigen wollen, diskreditiert werden. Denn Hand aufs Herz: Hätten Sie auch *"gränn doch"* reingerufen, wenn ein Mann die Rede gehalten hätte? *"Gränn doch"* ist nichts, was man Männern sagt. Oder wenn, dann in dem Sinn, dass man sie noch mehr damit demütigen würde, indem man ihnen klassisch "weibliche" Verhaltensmuster zuschreibt, wie das Weinen eines sein soll. Und genau das ist das Problem. Und es zeigt, wie präsent Sexismus in unserer Gesellschaft im Jahr 2018 traurigerweise immer noch ist. Wir wollen diese Stadratsmitglieder heute nicht an den Pranger stellen, denn die betreffenden Personen wissen genau, dass sie gemeint sind. Es geht uns um die inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik und um die Aufarbeitung dieses Zwischenfalles. Die Fraktion SP/JUSO fordert die betreffenden Stadratsmitglieder auf, sich bei Frau Günther für ihr respektloses Verhalten zu entschuldigen. Ausserdem appellieren wir hiermit an den gesamten Stadtrat und alle anderen Anwesenden: Dieser *"gränn doch"*-Zwischenruf war sexistisch und viele von Ihnen werden das auch so sehen. Schweigen Sie nicht, wenn Sie Zeugin oder Zeuge einer solchen Äusserung werden. Kritisieren Sie Sexismus und die ungleichen Machtverhältnisse wo immer Sie auf solche treffen – ob hier im Stadtrat, auf der Arbeit oder privat! Das zu tun ist das einzig Richtige!

Leuenberger Bernhard, FDP: Ich nehme Kenntnis von der Fraktionserklärung meiner Vorrednerin. Es tut mir leid, wenn mein Zwischenruf als sexistisch wahrgenommen wurde. Wer mich kennt weiss, dass ich mich im täglichen Leben nicht sexistisch verhalte, ganz im Gegenteil. Ich gebe aber zu, dass mein Zwischenruf deplatziert war. Das fiel mir schon an besagtem Abend auf. Dafür entschuldige ich mich in aller Form. Ich hoffe, Frau Günther nimmt meine Entschuldigung an. Es tut mir echt leid!

Fraktionserklärung SVP/Die Eidgenossen

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen musste im Anschluss an die letzte Stadtratssitzung leider erfahren, dass das Stimmgeheimnis verletzt wurde. Das ist inakzeptabel! Im Rahmen des Traktandums «Einsetzung einer stadträtlichen Spezialkommission für die zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde (KSB)» wurden die Mitglieder für die neue Spezialkommission gewählt. Während die Stimmzettel verteilt wurden, hat «Telebielingue» im Stadtratssaal gefilmt. Der Kameramann blieb bei einem meiner Fraktionskollegen stehen und zeichnete auf, wie dieser abstimmte. Dabei blieb es aber nicht. Das Filmmaterial wurde danach geschnitten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte den Verantwortlichen auffallen müssen, dass damit das Stimmgeheimnis verletzt wurde. Trotzdem wurden die entsprechenden Bilder auf

«Telebielingue» ausgestrahlt. Geheime Abstimmungen dürfen weder gefilmt und schon gar nicht veröffentlicht werden. Die Mitglieder der Fraktion SVP/Die Eidgenossen haben kein Problem damit, zu den von ihnen gewählten Stadtratsmitgliedern zu stehen. Das darf aber bei geheimen Abstimmungen nicht gefilmt werden! Dieses Mal war ein Mitglied unserer Fraktion betroffen, ein anderes Mal könnte es jemand anderes treffen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen verlangt, dass künftig bei geheimen Abstimmungen nicht mehr gefilmt und die Bilder schon gar nicht veröffentlicht werden. Sie verlangt eine Entschuldigung der verantwortlichen Personen von «Telebielingue» und bittet das Stadtratsbüro, künftig ein Auge auf die Kameralleute zu halten. So etwas darf nicht wieder passieren!

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Das Stadtratsbüro nimmt ihr Ansinnen auf und wird dem geschilderten Vorfall nachgehen.

212. Genehmigung der Traktandenliste

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wie an der letzten Sitzung werde ich auch heute die Redezeit wie folgt anpassen:

- GPK-Sprechende 10 Minuten,
- Kommissionssprechende 10 Minuten,
- Fraktionssprechende 5 Minuten,
- Antragstellende 5 Minuten,
- Einzelsprechende 3 Minuten,
- Gemeinderatsmitglieder 10 Minuten.

Am Ende der Sitzung wird Herr Kaufmann aus dem Stadtrat verabschiedet. Zudem müssen aufgrund von Herrn Hamdaouis kurzfristigem Austritt aus der Spezialkommission Totalrevision Stadtordnung und der GPK Ersatzwahlen durchgeführt werden. Ich schlage vor, diese Wahlen vor dem Traktandum 20160291 «Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Kreuzplatz Nord» (ZPP 2.1.) / Botschaft» durchzuführen. Zudem beantragte die Fraktion FDP, das überparteiliche Postulat 20180225 «Lohnungleichheit auch im Beschaffungs- und Subventionswesen», das überparteiliche Postulat 20180098 «Garantie der Lohnungleichheit in der Stadt Biel», das überparteiliche Postulat 20180123 «Gleichstellung von Mann und Frau: Bestrebungen notwendig» sowie die überparteiliche Interpellation 20180127 «Lohnungleichheit; Wie gross sind die Unterschiede im Detail?» nacheinander zu beraten. Zu guter Letzt bittet der abwesende Herr Francescutto, seine Postulate 20180095 «Vorläufige Suspendierung der verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM)» und 20180124, «Bieler Firmen Kreisel zum Aufstellen von Reklamen anbieten» auf die nächste Stadtratssitzung zu verschieben. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Ordnungsantrag

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Hälfte der heutigen Traktanden umfasst beantwortete Interpellationen. Über Interpellationen wird nicht

abgestimmt. Um effizienter voranzukommen, **beantrage ich** deshalb, **deren Beantwortung diskussionslos zur Kenntnis zu nehmen**. Dadurch könnte viel Zeit eingespart werden.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich finde den Ordnungsantrag von Frau Schneider sehr seltsam. Art. 44 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) sieht implizit vor, dass über Interpellationen diskutiert werden kann. Deshalb sollte auch heute über die Interpellationen diskutiert werden können. Soll der Stadtrat Vorstösse diskussionslos zur Kenntnis nehmen, kann eine kleine Anfrage eingereicht werden. Es ist somit an den Urhebenden bereits mit dem Einreichen ihres Vorstosses zu steuern, ob darüber diskutiert werden soll oder nicht (Anmerkung Ratssekretariat: InterpellantIn erklärt, ob befriedigt oder nicht von der Antwort des Gemeinderats, gemäss Art. 44 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates; SGR 1.5.1-1) **(Schriftgrösse 10 im word formatieren)**

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich glaube nicht, dass der Bieler Stadtrat heute die Gepflogenheiten des Grossen Rates einführen muss. Wenn im Grossen Rat nicht über Interpellationen diskutiert werden soll, ist dies bereits bei deren Einreichen klar. In Biel fehlt eine entsprechende Regelung. Wer eine Interpellation eingereicht hat, will darüber diskutieren können. Ich danke meinem Vorredner für sein Votum und empfehle ebenfalls, den Ordnungsantrag abzulehnen. Er entspricht nicht den Bieler Gepflogenheiten und insbesondere nicht den Absichten der Urhebenden der traktandierten Interpellationen.

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, über Interpellationen keine Diskussion zu führen

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wir kommen zurück zur Traktandenliste. Gibt es Wortmeldungen zu meinen oben erwähnten Vorschlägen? Das ist nicht der Fall.

Die Traktandenliste wird mit den von der Stadtratspräsidentin vorgeschlagenen Änderungen genehmigt.

213. Mitteilungen Stadtratsbüro

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Am 13. November 2018 wurde eine neue Fraktion mit dem Namen «EinfachLibres!» gegründet. Sie hat folgende fünf Mitglieder:

- Titus Sprenger, Passerelle (Präsidium)
- Dana Augsburg-Brom, SP
- Mohamed Hamdaoui, parteilos
- Peter Heiniger, PdA

- Ruth Tennenbaum, Passerelle

Ferner hat die Fraktion PSR mit Maurice Rebetez einen neuen Präsidenten.

Ich möchte daran erinnern, dass die Anmeldefrist für das diesjährige Stadtratsessen am 6. Dezember 2018 abläuft. Bitte melden Sie sich rechtzeitig an oder ab. Wie immer dürfen Sie auch eine Begleitung mitbringen. Auf dem Anmeldeformular kann neu «vegan» oder «vegetarisch» angekreuzt werden. Zur Klärung: wer nichts ankreuzt, erhält ein Fleischmenu. Offenbar fragten sich einige, ob es überhaupt Fleisch gebe. Das ist der Fall.

214. Ersatzwahl Kommission RSO

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Fraktion PSR schlägt Pierre Ogi als Nachfolger von Mohamed Hamdaoui in der Kommission RSO vor. Gibt es weitere Kandidaturen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion PSR wird gewählt:

Pierre Ogi, PSR

215. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR vous propose d'accepter la candidate Glenda Gonzalez au sein de la Commission de gestion (CDG). Vous la connaissez et elle est reconnue pour sa clairvoyance et sa connaissance des dossiers. De plus, elle est toujours à la recherche de solutions constructives et va toujours à la rencontre des personnes dans un esprit d'humanisme. Nous vous proposons d'accepter la nomination de Glenda Gonzalez à la CDG.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion PSR wird gewählt:

Glenda Gonzalez, PSR

216. 20160291 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Kreuzplatz Nord» (ZPP 2.1.) / Botschaft

Scherrer Martin, GPK: Nördlich des Kreuzplatzes, auf dem Schnyderareal, soll in der baurechtlichen Grundordnung eine Zone mit Planungspflicht (ZPP) entstehen. Dafür braucht es eine Volksabstimmung. Der östliche Bereich des Schnyderareals ist grösstenteils bereits überbaut (das letzte Gebäude befindet sich im Bau). Heute geht es um den westlichen Bereich dieses Gebietes. Zu einem späteren Zeitpunkt wird der Stadtrat zudem über ein Projekt zu den verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) rund um den Kreuzplatz befinden können. Die vfM sind aber nicht Bestandteil des vorliegenden Geschäfts. Die Bestimmungen zur fraglichen ZPP sollen wie folgt angepasst werden:

- neu sollen fünfgeschossige Gebäude möglich sein
- im Teilbereich 2.1.1 sollen sogar bis zu 14 Vollgeschosse zugelassen werden können
- die Villa Schnyder soll inklusive Park erhalten bleiben
- die bestehenden Parkplätze, die primär von den Anwohnenden aus den Gebäuden im Norden des Gebietes genutzt werden, sollen weiterhin zur Verfügung stehen
- auf eine Regelung der Parkplatzzahl soll verzichtet werden.

Wie dem Bericht entnommen werden kann, ist noch eine Einsprache hängig. Diese verlangt eine Parkplatzbeschränkung insbesondere für das potenziell mögliche Hochhaus. Der Gemeinderat ist der Meinung, diese Bestimmung müsse nicht in die ZPP aufgenommen werden. Allenfalls kann die Parkplatzzahl in der anschliessend zu erlassenden Überbauungsordnung (ÜO) geregelt werden. Für die GPK ist es wichtig zu wissen, dass der Stadt nur ein kleiner Teil des Landes gehört. Der Grossteil des Grundstückes gehört den Gebrüdern Schnyder. Die Stadt besitzt zwei Parzellen entlang der Madretschstrasse, die allerdings durch eine weitere private Parzelle getrennt sind. Es wäre insofern sinnvoll, wenn die Stadt diese private Parzelle erwerben könnte, um ein zusammenhängendes Grundstück zu schaffen. Da die Stadt nicht Alleineigentümerin des Grundes ist, liegt auch die Realisierung der Neubauten nicht allein in ihrem Einflussbereich. Alle Eigentümer des Gebietes müssen sich einig sein, wie sie das Grundstück bebauen wollen, die Stadt kann nichts erzwingen. Derzeit geht es aber erst um die Zonenplanänderung. Wird diese von Stadtrat und Stimmvolk genehmigt, kann der Gemeinderat eine Überbauungsordnung (ÜO) erlassen. Diese wird wiederum öffentlich aufgelegt und eröffnet Einsprachemöglichkeiten. Schlussendlich muss die ÜO noch vom Kanton genehmigt werden. Erst dann kann ein potenzieller Baubeginn vorgesehen werden. Der Gemeinderat geht nicht davon aus, dass vor 2021 gebaut wird. Aufgrund der Einsprachefristen und der Möglichkeiten zum Weiterzug der Einsprachen könnte es sogar noch länger dauern. Für die GPK ist wichtig, dass die vorliegende ZPP in Zusammenarbeit mit den Gebrüdern Schnyder, die einen Grossteil des fraglichen Gebiets besitzen, erarbeitet wurde. Deshalb sollte die Vorlage aus Sicht der GPK vom Stadtrat nicht mehr gross verändert werden. Letztendlich hängt die Realisierung von Neubaugebieten immer von der Zustimmung der Eigentümerschaft ab. Würde der Stadtrat daran etwas ändern, könnte es sein dass die Gebrüder Schnyder nicht mehr einverstanden wären. Dadurch würde sich die Entwicklung des fraglichen Areals sicherlich weiter verzögern. Für die GPK ist das Geschäft nachvollziehbar. Sie unterstützt die Anpassung der baurechtlichen Grundordnung, dies auch im Hinblick

einer Entwicklung des gesamten Gebietes rund um den Kreuzplatz. Die GPK empfiehlt, dem Geschäft zuzustimmen.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Meinem Votum als GPK-Sprecher hänge ich nun noch dasjenige als Sprecher der Fraktion SVP/Die Eidgenossen an. Meine Fraktion unterstützt das vorliegende Geschäft. Ich brauche es nicht weiter auszuführen. Sie findet allerdings die Äusserungen des Gemeinderats zur Anzahl Parkplätze nicht sehr geschickt. Warum will der Gemeinderat die Parkplatzzahl erst im Rahmen der ÜO anpassen? Die kantonalen Vorgaben sind klar. Die Stadt ist nicht Eigentümerin des fraglichen Areals. Deshalb sollten die Überlegungen über die Anzahl Parkplätze den potenziellen Investoren überlassen werden. Es macht keinen Sinn, die Parkplatzzahlen einzuschränken und damit den Baubeginn zu verzögern. Ich erinnere daran, dass solche Vorschriften auch beim Grossprojekt «Tissot Arena» zu Verzögerungen führten. Dort musste die Ladenfläche extrem eingeschränkt und es wurde schlussendlich eine zweite Volksabstimmung nötig, weil der Investor aufgrund dieser Einschränkung nicht mit der Realisierung beginnen wollte. Die Stadt sollte den Investoren keine zu engen Leitplanken setzen. Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wäre ein eventueller Verzicht auf Parkplätze sogar diskriminierend, da diesfalls nur Personen ohne Auto in die neuen Wohnungen einziehen könnten. Zudem ist nicht davon auszugehen, dass die Anzahl Autos in Biel sinkt. Im Gegenteil, sie dürfte eher zunehmen. In diesem Sinn bittet die Fraktion SVP/Die Eidgenossen den Gemeinderat, die kantonalen Richtlinien zu befolgen. Die potenziellen Investoren sollten punkto Parkplätzen möglichst viel Spielraum erhalten.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Par la modification partielle de la réglementation fondamentale en matière de construction dans le secteur "Place de la Croix Nord", le développement du centre de Madretsch doit être poursuivi. Le bâtiment de tête à l'est sera le plus haut des deux bâtiments de tête. Sa réalisation a déjà débuté de manière anticipée, si bien que le bâtiment est actuellement en cours de construction. Le même alignement est prévu jusqu'à la place de la Croix créant ainsi plus de place pour un trottoir élargi et arborisé. Ceci permettra l'aménagement de places de stationnement de courte durée ainsi que le réaménagement de la place de la Croix, dans le cadre des mesures d'accompagnement en matière de circulation de l'A5. Toutefois ces mesures d'accompagnement ne font pas l'objet du présent projet. Selon le projet, une maison-tour sera complétée par un immeuble de cinq étages le long de la rue de Madretsch. Celui-ci s'achèvera à l'ouest par un bâtiment de tête. La Villa Schnyder, classée digne de protection doit être conservée en l'état actuel, mais son parc sera réduit en bordure sud. Jusque-là, rien de bien nouveau, sinon la continuation d'un développement qui a déjà commencé à se concrétiser. La nouveauté de la zone à planification obligatoire (ZPO) est sans doute la maison-tour de maximum 14 étages et 46 mètres de haut prévue à l'intérieur du périmètre. L'idée peut paraître ambitieuse. Il s'agit de marquer le centre d'un quartier urbain et de construire une ville dans la ville. Qu'on le veuille ou non, l'attractivité d'une ville dépend et dépendra toujours de son accessibilité par des véhicules à moteur (de plus en plus électriques plutôt qu'à combustion). À cet égard, le périmètre devrait perdre 58 places de stationnement en surface sur les 106 existantes actuellement. Cette situation est déjà problématique eu égard à l'intense fréquentation de l'ancienne usine Schnyder réaffectée, située au nord. Plus grave encore, sur l'intervention d'un seul opposant, le Conseil municipal, selon le plan de quartier qu'il compte édicter sur

la base de la ZPO, envisage de n'accorder que 0,75 place de stationnement par logement alors que, renseignements pris auprès de la Mairie, le nouveau lotissement construit juste à l'est, tout aussi central et bien desservi par les transports publics, dispose de 193 places pour 174 appartements, soit de plus d'une place par appartement. Certes, le Conseil municipal est lui-même compétent pour édicter le plan de quartier y relatif, s'il reste dans le cadre de la ZPO. Dans ce cas, il est toutefois impératif que ce plan laisse aux investisseurs potentiels une marge raisonnable d'appréciation quant au nombre de places de stationnement à créer, sous peine de diminuer l'attractivité de l'offre.

Pour terminer, je me permets de m'attarder sur un détail formel. Concrètement, la décision que le Conseil de ville va prendre, ce soir, porte sur les plans de zone à bâtir, sur les plans d'affectation et d'alignement qui se trouvent dans le rapport et le message au peuple. D'autre part, la décision du Conseil de ville porte sur la définition des principes relatifs à l'art. 30 - ZPO "Modification de l'annexe 1 du Règlement de construction de la Ville de Bienne (RDCo 721.1)", qui devient une nouvelle annexe du Règlement de construction de la Ville de Bienne. Ce document n'est toutefois que suggéré à la page 16 du message. S'il est vrai que, par son langage très technique, ce document ne se prête guère à une publication dans le message au peuple, il aurait au moins pu, vu son importance, être intégré dans le rapport au Conseil de ville. Le contenu de cette annexe étant correctement résumé dans le rapport, ce défaut ne devrait toutefois pas empêcher le Conseil de ville d'approuver la modification partielle de la réglementation fondamentale en matière de construction dans le secteur "Place de la Croix nord" (ZPO 2.1).

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Kräne gelten als Zeichen, dass sich eine Stadt entwickelt. Sie sind sicher kein Indikator für Stillstand! Dass am Kreuzplatz bald Kräne stehen und eine neue Ära eingeleitet werden soll zeigt, dass in ein Quartier investiert wird, das bisher wenig privilegiert war. Das deutet die Fraktion SP/JUSO als doppelt positives Zeichen. Mit dem vorliegenden Projekt sollen gleich drei Fliegen aufs Mal erschlagen werden: es soll eine urbane Wohn- und Gewerbeüberbauung entstehen, für die Entwicklung der Verkehrsführung am Kreuzplatz soll mehr Strassenraum zur Verfügung stehen und es ist eine parkähnliche Anlage mit Fusswegen vorgesehen. Dagegen hat die Fraktion SP/JUSO grundsätzlich keine Einwände. Zwar wird im vorliegenden Geschäft explizit erwähnt, dass die Neugestaltung der Verkehrsachsen am Kreuzplatz nicht Bestandteil der Änderung der baurechtlichen Grundordnung ist. Trotzdem werden zumindest für den Fuss- und Veloverkehr bereits erste Massnahmen getroffen. Losgelöst vom Gesamtprojekt werden bereits Flächen ausgesondert, die für Fuss- und Velowege genutzt und von Bäumen flankiert werden sollen. Die Fraktion SP/JUSO befürchtet, dass damit der für die spätere Planung nötige Spielraum bereits heute vergeben wird. In der alten Seifenfabrik hat sich eine bunte, für die Stadt wichtige Gemeinschaft kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und Ateliers eingemietet. Diese sollten durch das vorliegende Projekt gestärkt und nicht gefährdet werden. So kann sich die Fraktion SP/JUSO zwar durchaus mit der Forderung des VCS betreffend Parkplatzzahl einverstanden erklären: auch die SP hat sich im Rahmen des Mitwirkungsprozesses für eine Begrenzung auf 0,5 - 0,75 Parkplätze pro Wohnung ausgesprochen. Um das Kleingewerbe in der Seifenfabrik aber nicht zu gefährden, muss zwischen Wohn- und Gewerbeflächen unterschieden werden. Für die Wohnungen ist eine Beschränkung

der Anzahl Parkplätze sinnvoll, zumal die Überbauung ins Stadtzentrum und in die Nähe einer Bushaltestelle zu liegen kommt. Die Fraktion SP/JUSO bedauert, dass die Veloverbindung zur Gartenstrasse auch im Rahmen der vorgesehenen Überbauung pendent bleibt. Vielleicht schafft es der Gemeinderat ja trotzdem, diese bis zur Fertigstellung der Überbauung zu realisieren. Die Fraktion SP/JUSO erachtet sie jedenfalls als zentrales Element auch für die Überbauung. Deshalb reicht sie heute Abend ein Postulat ein, das eine rasche Umsetzung dieser Veloverbindung fordert. Der vorgesehene Kopfbau an der Madretschstrasse kommt auf eine Parzelle im städtischen Eigentum zu stehen. Für die Fraktion SP/JUSO ist klar, dass dieses Terrain nur im Baurecht abgegeben werden darf. Städtischer Boden muss in städtischem Besitz bleiben! Aus Sicht unserer Fraktion ist es sogar wünschenswert, dass die Stadt selber als Bauherrin auftritt und qualitativ hochwertigen Wohnraum zu fairen Mietbedingungen baut, wie dies andere Städte längst als Einnahmequelle für sich entdeckt haben. Eine weitere Möglichkeit wäre die baurechtsweise Abgabe für die Schaffung von gemeinnützigem Wohnungsbau. Trotz diesen Anmerkungen unterstützt die Fraktion SP/JUSO das vorliegende Geschäft.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Auch die Fraktion FDP hat sich eingehend mit dem vorliegenden Geschäft auseinandergesetzt. Sie geht davon aus, dass die vorgesehene Anpassung der baurechtliche Grundordnung in engem Kontakt mit dem Hauptgrundeigentümer und Investor erarbeitet wurde. Die Fraktion FDP stellt sich sicher nicht gegen ein solches Bauvorhaben. Die vorgesehenen Änderungen sind vernünftig. Die Nutzung kann um etliche Quadratmeter erhöht werden und es können auch mehr Stockwerke realisiert werden als heute. Anlässlich der Informationsveranstaltung für den Stadtrat sagte der Stadtpräsident, es gehe vorliegend nicht um die vfm. Das nimmt die Fraktion FDP zur Kenntnis. Konsequenterweise beantragt sie aber eine entsprechende Anpassung der Botschaft. Die Botschaft enthält eine Skizze, die auf dem Kreuzplatz sehr viele Bäume ausweist. Offenbar handelt es sich dabei um eine Möglichkeit, wie der Kreuzplatz zukünftig ausgestaltet werden könnte. Die Bäume sind aber nicht Gegenstand des vorliegenden Projektes. **Die Fraktion FDP beantragt deshalb, die Bäume in der Skizze in der Botschaft wegzulassen. Sollte diesem Antrag nicht zugestimmt werden, beantragt die Fraktion FDP, die Skizze in der Botschaft analog Stadtratsgeschäft zu untertiteln: "Grundriss des Testplanungsprojekts von Kistler Vogt Architekten. Öffentlicher Strassenraum und Kreuzplatz sind nicht Bestandteil der Planung; deren Darstellung basiert auf dem Richtplan verkehrlich flankierende Massnahmen (vfm)."** Noch ein Wort zu den Parkplätzen: Die Fraktion FDP kann den Ausführungen meiner Vorrednerin nicht folgen. Vermutlich weiss der Gemeinderat schon sehr genau, wieviele Parkplätze schlussendlich zugelassen sein sollen. Ich nehme an, die Anzahl wird eingeschränkt. Ich gebe dem Sprecher der Fraktion SVP/Die Eidgenossen recht: eine Einschränkung der Anzahl Parkplätze ist gar nicht nötig, da die kantonale Regelung völlig ausreicht. Ich sehe nicht ein, weshalb die Linke immer mit dem Zeigefinger auf die Autofahrenden zeigt und noch den Faktor Erziehung einbringen will, um so jenen Menschen, die in diesen Neubauten wohnen, das Auto zu vergraulen. Ich begreife nicht, warum nicht jede Wohnung einen Parkplatz erhalten soll. Auch in anderen Vorlagen wollte die Linke solch erzieherische Massnahmen einbauen - sind aber damit gescheitert. Denken wir nur an den Neumarktplatz mit dem von den Linken gewünschten Abbiegeverbot. Sie will das Verhalten der Menschen viel zu stark einschränken! Das ist nicht liberal und deshalb will die Fraktion FDP das nicht. Es soll

frei entschieden werden, wie viele Autos nötig sind. Ob es geht oder nicht, wird sich herausstellen. Der Staat hat sich nicht einzumischen! Das sage ich präventiv, denn die Anzahl Parkplätze ist nicht Gegenstand des vorliegenden Geschäfts. Summasummarum ist es ein gutes Geschäft und wird von der Fraktion FDP unterstützt. Sie wird aber die vfm und die Parkplätze im Auge behalten.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Botschaft separat diskutiert wird. Über den Antrag der Fraktion FDP wird deshalb erst im Rahmen der Debatte um die Botschaft abgestimmt.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne stimmt der Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung grundsätzlich zu, wenn auch mit Enthaltungen. Die Änderung hat qualitative und quantitative Folgen. Die ZPP wird flächenmässig erweitert und lässt eine höhere Ausnutzungsziffer zu. Am Kreuzplatz soll ein Hochhaus mit 14 Stockwerken ermöglicht werden. Das ist zwar etwas tiefer als das bestehende Hochhaus, aber trotzdem käme es zu einer neuen Verdichtung. Momentan ist das Gebiet teilweise Brachland und nicht flächendeckend genutzt. Diese Brache soll verschwinden. Damit ändert sich das Gesicht des Kreuzplatzes. Die Überbauungsdichte nimmt zu. Das Wettbewerbsverfahren ergab eine gegenüber dem heutigen Zustand um 50% höhere Bruttogeschossfläche (BGF). Künftig soll eine BGF von 15'000 m² erzielt werden. So entstehen 100 neue Wohneinheiten für rund 150 - 200 Personen. Diese Entwicklung findet die Fraktion Grüne unter dem Strich gut. Im Zentrum soll verdichtet werden.

Trotzdem hat die Fraktion Grüne einige kritische Fragen:

- Inzwischen gibt es in Biel mehr und mehr schwer vermietbaren Wohnraum. Werden neue Wohnungen und Gewerberäume auf dem Markt überhaupt nachgefragt?
- Können die Geschäfts- und Ladenlokale im überhöhten Erdgeschoss vermietet werden? Oder entsteht nur noch mehr leerer Geschäftsraum?
- Wie entwickelt sich der Quartiermix im buntesten Bieler Quartier?
- Wie kann der Anonymität entgegengewirkt werden, die solche Hochhausbauten leider häufig mit sich bringen?
- Wieviele Parkplätze sollen realisiert werden? Aus Sicht der Fraktion Grüne wären 0,5 - 0,75 Parkplätze pro Wohnung ausreichend. Autoarmes (vielleicht gar autofreies) Wohnen ist an einem Ort wie dem Kreuzplatz sicher sinnvoll. Der Kreuzplatz ist mit dem öffentlichen Verkehr bestens erschlossen und befindet sich in Bahnhofsnähe. Auch mit dem Velo ist er gut erreichbar. Es geht nicht darum, jemanden erziehen zu wollen. Aber jedes Auto, das mit neuen BewohnerInnen in unsere Stadt kommt, braucht Platz und verursacht Kosten. Deshalb ist es sehr wohl sinnvoll, sich gerade im Stadtzentrum zu überlegen, welche Mobilitätsformen neue Siedlungen generieren sollen. Die Fraktion Grüne setzt sich für eine sanfte Mobilität ein. Noch einmal: dabei handelt es sich weder um eine Erziehungsmassnahme noch um ein "vergraulen". Wo sinnvoll autoarm oder autofrei gewohnt werden kann, sollen diese Wohnformen auch gefördert werden.

Alles in allem stimmt die Fraktion Grüne dem vorliegenden Geschäft zu. Sie sieht der Entwicklung am Kreuzplatz mit Neugierde, aber auch mit einem kritischen Blick entgegen. Zur Botschaft kann sich die Fraktion Grüne der Argumentation der Fraktion

FDP anschliessen. Die Bäume auf der Skizze sind ohne Erklärung tatsächlich sehr verwirrend. Das dürfte beim Gemeinderat allerdings bereits angekommen sein...

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Auch die Fraktion GLP unterstützt die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich Kreuzplatz Nord. Sie ist ein unter dem Strich gelungener Beitrag zur städtischen Verdichtung nach innen. Wer der immer weiter zunehmenden Zersiedelung auf der Grünen Wiese und dem laufenden Kulturlandverlust entgegenwirken möchte, muss ein solches Projekt an einem solchen Standort wie vorliegend wohlwollend gegenüberstehen. Die Anordnung der Gebäude mit einer entlang der Madretschstrasse verlaufenden Randbebauung, welche den Perimeter gegenüber der Strasse abgrenzt und einem dahinterliegenden Hochhaus scheinen uns sinnvoll. Mit dem Erhalt der Villa Schnyder und dem grossen Garten bleibt trotzdem ein Stück Identität dieses Stadtteils erhalten.

Einige Bemerkungen zu den Voten meiner VorrednerInnen:

- Herr Scherrer sagte zur Parkierung, es gebe immer mehr Autos. Das stimmt nicht. Die Anzahl Autos pro Kopf und damit der Motorisierungsgrad in den Städten sinkt! In den Grossstädten sank der Motorisierungsgrad zwischen 2007 und 2017 um 12%! Auch in der Stadt Biel ist ein sinkender Motorisierungsgrad festzustellen. Insofern würde die Fraktion GLP autoarmes Wohnen am Kreuzplatz sehr begrüßen. Der Standort ist sehr zentral und gut erschlossen.
- Zur Frage von Herrn Grupp nach dem Bedarf nach zusätzlichem Wohnraum: Letztendlich ist es nicht am Stadtrat zu beurteilen, ob zusätzlicher Wohnraum notwendig ist. Es ist am Investor respektive Eigentümer zu entscheiden, ob er bauen und die entsprechenden Reserven ausschöpfen möchte. Für den Stadtrat geht es nur darum zu ermöglichen, dass der Raum an dieser hervorragenden Lage besser ausgenutzt werden kann, was die Fraktion GLP nur gutheissen kann.

Mehr als das Geschäft selbst gab in der Fraktion GLP der das betroffene Gebiet umgebende Perimeter zu reden. Der Perimeter Kreuzplatz Nord soll für den Langsamverkehr durchgehend durchlässig sein. Trotzdem sind die "Aussenräume" in diesem Perimeter schlussendlich in privater Hand und die Eigentümerschaft kann selbst bestimmen, wieviel Durchlässigkeit sie zulassen will. Die neue ZPP sieht diesbezüglich jedenfalls keine Bestimmungen vor. Umso wichtiger ist deshalb die Prüfung der umliegenden Langsamverkehrsverbindungen. Die Veloverbindung Gartenstrasse wurde von Frau Strobel bereits angesprochen. Deren letzte Etappe (Mattenstrasse - Madretschstrasse) wartet auf ihre Fertigstellung, weil sich die Grundstückseigentümerschaft schon seit einigen Jahren uneins über die Realisierung ist. Die Fraktion GLP fragte sich deshalb, ob ein Einbezug des heute zur Debatte stehenden Perimeters allenfalls Abhilfe schaffen und dadurch der Problembereich umfahren werden könnte... Sie hat sich aber in der Zwischenzeit vom Gegenteil überzeugen lassen! Dennoch fordert sie, dass mit der Umsetzung endlich vorwärts gemacht wird. Offenbar hat sie die gleiche Debatte geführt wie die Fraktion SP und ihrerseits das Postulat 20180370 «Vervollständigung Gartenstrasse» eingereicht. Für uns stellt sich auch noch die Frage nach der Umgestaltung des Kreuzplatzes sowie der daran anschliessenden Strassen. Diese haben nämlich durchaus etwas mit dem vorliegenden Projekt zu tun. Schliesslich soll ein Teil des Gartens der Villa Schnyder zu Gunsten des Kreuzplatzes aufgehoben werden. Ohne eine konkrete Vorstellung vom künftigen Kreuzplatz würde der Gemeinderat dem Stadtrat diesen Vorschlag wohl kaum unterbreiten. Auch für die angrenzende Madretschstrasse sollten in der

neuen ZPP Gestaltungsgrundsätze festgehalten werden. Die Fraktion GLP möchte wissen, wann die Neugestaltung des Kreuzplatzes und der daran anschliessenden Strassen vorgesehen ist. Der Kreuzplatz befindet sich im Bereich der vfM zum A5-Abschnitt Brüggmoos, der ja in der Zwischenzeit realisiert ist. Erste vfM sollten bis Oktober 2019 umgesetzt werden... Als Fazit begrüsst die Fraktion GLP die vorgesehene Neuordnung der baurechtlichen Grundordnung. Sie wird das Geschäft annehmen.

Koller Levin, JUSO: Ich sage es gleich zu Beginn: die JUSO wird sich zu diesem Geschäft enthalten. Wieso? Das Ziel dieser Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung ist klar: der Gemeinderat möchte das Gebiet nördlich des Kreuzplatzes aufwerten. Doch was passiert eigentlich bei einer Aufwertung? Der Wert eines Gebietes steigt durch gezielte Attraktivierung. Der Wert der Infrastruktur, des Bodens und der Immobilien steigt. Damit steigen auch die Mieten. Menschen, die sich höhere Mieten nicht leisten können, müssen wegziehen. Aufwertung ist deshalb immer auch mit Gentrifizierung und Verdrängung von Menschen mit niedrigem Einkommen verbunden. Bei einer Aufwertung steigen jedoch nicht nur die Mieten. Vor allem steigen auch die Gewinne und die Profite für die Boden- und Immobilienbesitzenden - und zwar finanziert von der Öffentlichkeit. Die Trottoirverbreiterung oder die geplante Neugestaltung der Madretschstrasse und des Kreuzplatzes zahlen nicht die Privaten, sondern die Öffentlichkeit. Etwas ist klar: das ist nicht gratis zu haben. So zahlt bei der vorliegenden Aufwertung die Allgemeinheit, während private Boden- und Immobilienbesitzende durch höhere Profite den Gewinn einstreichen. Die Mehrwertabgabe von 40% reicht zur Kompensation nicht aus. Sie sollte bei 100% liegen, auch dann wäre erst die Aufwertung des Bodens abgegolten. Gentrifizierung und Verdrängung sind Problemstellungen, die bereits in vielen Städten sichtbar sind, wobei die Stadt Biel bisher nicht stark betroffen war. Aber es gibt verschiedene Anzeichen dahingehend, dass sich dies ändern könnte. Ich möchte betonen, dass die JUSO nichts gegen eine attraktive Stadt für alle und die Verbesserung der Lebensqualität im Bereich Kreuzplatz Nord, aber auch im Allgemeinen, hat. Aber diese Entwicklungen müssen zwingend mit einem massiven Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus einher gehen, um Verdrängung und Gentrifizierung zu verhindern. Nur so ist die Stadt für alle lebenswert. Der Gemeinderat hat jedoch keine zufriedenstellende Strategie wie der beim gemeinnützigen Wohnungsbau gefördert werden kann. Deshalb kann die JUSO dem vorliegenden Aufwertungsgeschäft nicht zustimmen. Die JUSO ist nicht grundsätzlich gegen ein Hochhaus oder gegen die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung. Weshalb sie das Geschäft auch nicht ablehnen wird. Wir fordern aber den Gemeinderat auf, eine Strategie auszuarbeiten, wie der gemeinnützige Wohnungsbau massiv ausgebaut werden kann. Wenn die Genossenschaften für einen solchen Ausbau nicht ausreichende Kapazitäten haben, muss die Stadt eben selbst beginnen Wohnungen zu bauen, wie dies andere Städte schon lange tun. Das hätte auch den Vorteil, dass die Wertsteigerung von Boden und Immobilien der Allgemeinheit zu Gute kämen und nicht den AktionärInnen, die sowieso schon genug haben...

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: ... ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen!

Koller Levin, JUSO: Bezogen auf den Bereich Kreuzplatz Nord könnte der Gemeinderat genau dies tun und die Parzellen im Besitz der Stadt behalten und diese entweder an Genossenschaften abgeben oder selber darauf bauen. Deshalb enthält

sich die JUSO beim vorliegenden Geschäft ihrer Stimme und wird die Wohnbaupolitik der Stadt Biel weiterhin genau beobachten.

Scheuss Urs, Grüne: Ich deklariere meine Interessenbindung: ich bin Vorstandsmitglied der VCS-Regionalgruppe Biel. Dem VCS ist zum vorliegenden Geschäft noch eine Präzisierung wichtig: der Bericht erweckt den Anschein, als ob die Anzahl Parkplätze pro Wohnung nicht in der ZPP geregelt werden kann. Formell wäre das aber durchaus möglich. Ein Beispiel ist die ZPP AGGLOlac, die eine solche Bestimmung enthält. Es ist also grundsätzlich möglich, in einer ZPP Parkplatzquoten festzuschreiben. Im vorliegenden Fall möchte es der Gemeinderat einfach nicht... Zwar schreibt er im Bericht: *"Aus der Sicht des Gemeinderates ist die Forderung nach einer reduzierten Parkplatzzahl für dieses sehr zentral gelegene Areal berechtigt."* Trotzdem möchte er diese Frage erst mit der ÜO regeln. Leider sieht es nicht danach aus, als ob damit grosse Fortschritte erzielt werden können. Aktuell wird von einer Quote von 0,7 Parkplätzen pro Wohnung ausgegangen. In Biel gibt es etwa 30'000 Haushalte und etwas mehr als 20'000 Autos. Das ergibt eine Quote von ca. 2/3 Auto pro Wohnung. Vor diesem Hintergrund sind 0,7 Parkplätze pro Wohnung sicher keine *"stark reduzierte"* Zahl, wie der Bericht ausführt. Die Spanne von 0,5 - 2 Parkplätzen pro Wohnung, welche das kantonale Recht vorsieht und auf welche sich die im Bericht aufgeführte Behauptung abstützt, gilt für den ganzen Kanton, also auch für ländliche Gebiete, die mit dem öffentlichen Verkehr (öV) nur schlecht erschlossen sind. Der Vergleich im Bericht ist deshalb falsch. In der Stadt Biel gibt es ein Mobilitätsmonitoring. Um darüber zu urteilen, ob die Parkplatzquote hoch oder tief ist, müsste diese mit den Zahlen aus diesem Monitoring verglichen werden. Dafür sind sie ja da... Unter Berücksichtigung dieser Tatsache fällt die Beurteilung anders aus: Bei einer so zentral gelegenen Überbauung in der Stadt Biel ist die Anzahl von 0,7 Parkplätzen pro Wohnung nicht stark reduziert, sondern sehr hoch. Es werden also zu viele Parkplätze gebaut! Diese kosten! An der VCS-Tagung vom 24. Oktober 2018 zum Thema «Parkplätze brauchen Platz - was kostet das?» wurde aufgezeigt, dass Parkplätze in Städten zum Teil gar nicht mehr kostendeckend vermietet werden können. Das hat zur Folge, dass die Parkplätze über die Wohnungsmieten quersubventioniert werden. MieterInnen, die kein Auto haben, werden dadurch doppelt bestraft: sie zahlen mehr Miete und damit auch noch einen Parkplatz, den sie gar nicht brauchen. Das vorliegende Projekt ist einmal mehr eine verpasste Chance für die Umwelt, aber auch für tiefere Mieten. Es ist aber auch eine verpasste Chance um zu zeigen, dass Biel innovativ ist. Darum hat der VCS seine Einsprache aufrecht erhalten. Ich möchte aber auch positiv bemerken, dass im Bericht aufgezeigt wird, dass die kantonalen Vorschriften autoarmes und autofreies Wohnen durchaus zulassen, sofern ein Mobilitätskonzept vorliegt. Diese nun schon einige Jahre zurückliegende Änderung der kantonalen Bauverordnung (BSG 721.1) hat der VCS immer begrüsst. Leider ist sie noch wenig bekannt und ich fordere den Gemeinderat auf, Investoren darauf aufmerksam zu machen und sie ihnen gerade bei zentralen, mit dem öV gut erschlossenen Überbauungen nahe zu legen. Es löst beim VCS immer wieder Unmut aus, dass er diese Anliegen immer wieder mittels Einsprachen einbringen muss. Er nimmt deshalb wie gesagt erfreut zur Kenntnis, dass der Gemeinderat inzwischen für Fragen im Zusammenhang mit der Anzahl Parkplätze sensibilisiert ist. Nun müssen Taten folgen!

Arnold Niels, SP: Prinzipiell ist das vorliegende Projekt positiv zu beurteilen. Das Quartier wird aufgewertet und die Möglichkeit für Verdichtung wird geschaffen.

Trotzdem habe ich zwei Fragen, die ich aufgrund der Unterlagen nicht beantworten konnte. Unter anderem wird auf die Mehrwertabgabe hingewiesen. Herr Koller, natürlich ergeben sich daraus gewisse Zielkonflikte. Es geht dabei aber auch um die finanzielle Lage der Stadt, die ja nicht unbedingt rosig ist. Handlungsmöglichkeiten sollen aber ausgeschöpft werden, bevor über mögliche Ausfälle lamentiert wird! Zu meinen Fragen:

- Die öffentliche Auflage fand vom 14. Februar bis 16. März 2018 statt. Wurde seither ein mit den Grundeigentümern abgesprochener, rechtsverbindlicher Planungsentwurf ausgearbeitet?
- Ich kenne weder die Parameter noch die Mietpreise im Detail. Mit der Änderung der baurechtlichen Grundordnung steigt die mögliche Bruttogeschossfläche um mehr als 5'000 m². Herr Briechle erwähnte, dass es sich um eine gute Wohnlage handelt. Die Mehrwertabgabe dient der Deckung der Erschliessungskosten. Gemäss Bericht beträgt die Mehrwertabgabe bis zu CHF 400'000.-. Offenbar sind aber gewisse Umwidmungen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen und umgekehrt vorgesehen. Diese lösen Abschreibungen in der Höhe von CHF 800'000.- aus, bevor überhaupt investiert werden kann. Findet der Gemeinderat dieses Vorgehen sinnvoll?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank für die gute Aufnahme des vorliegenden Geschäfts, dem ein langer, partnerschaftlicher Vorlauf voranging. Vor rund sechs Jahren wurde mit der Testplanung begonnen. Leider hat Madretsch seinen Dorfkern weitgehend verloren und der historische Teil war während sehr langer Zeit eine Durchgangsstrasse. Nach der Eröffnung des A5-Ostasts und der Umsetzung der ersten vFM nahm der Verkehr am Kreuzplatz massiv ab. Die diesbezüglichen Zahlen werden morgen anlässlich einer Pressekonferenz vorgestellt. Dadurch konnte die Situation für die Verkehrsteilnehmenden massiv verbessert werden, insbesondere für den Langsamverkehr und den öV. Vor allem aber gewinnt das Quartier an Wohnqualität. Themen wie Gentrifizierung und Verdrängung bleiben sicherlich aktuell. Im betreffenden Gebiet leben die Menschen aber zum Teil in unzumutbaren Verhältnissen. Wenn dort die Wohnqualität menschenwürdiger wird, gleichzeitig aber auch eine gute soziale Durchmischung erreicht werden kann, profitieren letztendlich alle. Momentan ist aber die Situation nicht so wie sie Herr Koller beschreibt, denn nicht jede günstige Wohnung ist auch menschenwürdig. In Madretsch sind zum Teil sogar teure Wohnungen in schlechtem Zustand und manchmal profitieren Hauseigentümerschaften von sozial Schwächeren und MigrantInnen... Dagegen kann jetzt etwas unternommen werden, was in meinen Augen auch ein sozialdemokratisches Anliegen sein kann. Die geplanten Veränderungen machen deshalb auch aus sozialpolitischer Sicht sicher Sinn.

Zum Langsamverkehr sind vorliegend gewisse Gestaltungsgrundsätze festgelegt. Entlang der Madretschstrasse ist eine Baumreihe vorgesehen, die bereits im Vorfeld Anlass zu Diskussionen gab, da für den fraglichen Strassenraum viele Anforderungsbedürfnisse geäussert wurden. Mit Blick auf die Klimaerwärmung und die zunehmende Hitze in den Städten macht eine Baumreihe sicher Sinn. Seit Eröffnung des A5-Ostasts wird die Madretschstrasse viel weniger befahren, weshalb bei deren Detailgestaltung nun verschiedene Bedürfnisse berücksichtigt werden können. Ich möchte dem Stadtrat dringend raten, beim ursprünglichen Konzept für die Veloverbindung Gartenstrasse zu bleiben. Die Verbindung ist weitestgehend gebaut. Zwar fehlt noch die Brücke über die Schüss und vielleicht noch wenige

Attraktivierungen. Im Prinzip ist der Weg aber vorgegeben. Auf dem Schnyderareal Ost ermöglichen Torbogen die Durchfahrt. Eine Veloverbindung durch das Schnyderareal, wie sie Herr Briechle fordert, würde auf dem Kreuzplatz enden. Der ursprünglich vorgesehene Verlauf der Veloverbindung in Richtung Blumenrain und Linde ist sicherlich sinnvoller. Deren Bau wird durch die Direktion Bau, Energie und Umwelt projektiert. Soweit ist es aber noch nicht. Vorläufig geht es um die Landsicherung, die von der Abteilung Liegenschaften vorangetrieben wird. Dazu kann ich gute Nachrichten verkünden: Der Abschnitt Mattenstrasse - Madretschschüss ist gesichert! Wie Sie wissen, gab es dazu noch offene Fragen, die inzwischen mit der Grundeigentümerschaft geklärt werden konnten. Zwischen Madretschschüss und Madretschstrasse wurden bereits im Zuge der Überbauung durch die City-Home AG 1998 entsprechende Erschliessungsverträge abgeschlossen. Beim Verkauf der Liegenschaften wurde es jedoch aus heute nicht mehr nachvollziehbaren Gründen versäumt, die erforderlichen Verurkundungen zu veranlassen. Das muss nun in einem Aufwisch nachgeholt werden. Anschliessend sollten alle rechtlichen Voraussetzungen für den Bau der Veloverbindung vorhanden sein und es dürfte nicht mehr lange dauern, bis der Ausführungskredit gesprochen werden kann. Deshalb macht es keinen Sinn, in der vorliegenden Planung entsprechende Anpassungen vorzunehmen, da sie keinen Mehrwert bringen.

Zum wohl umstrittensten Aspekt des vorliegenden Geschäfts, der Anzahl Parkplätze: Auf dem Schnyderareal steht einerseits die alte Seifenfabrik, deren nachindustrielle Nutzung durch verschiedene KMU wie beispielsweise der Spitex sehr gut funktioniert. Diese Nutzungen sind aber auf eine gewisse Anzahl Parkplätze angewiesen. Das gut funktionierende "Biotop" in der alten Seifenfabrik darf auf keinen Fall gefährdet werden, indem die Anzahl Parkplätze zu restriktiv gehandhabt wird. Andererseits ist mit der vorliegenden Planung ein neues Wohnhaus vorgesehen. Der Gemeinderat steht klar dazu, dass sich der Standort für eine autoarme Nutzung eignet. Diese Einschätzung teilt auch der Investor und Hauptgrundeigentümer. Hingegen braucht es einen gewissen Spielraum, der erst mit der ÜO festgelegt werden sollte. Vorgesehen sind aber nicht mehr als 0,75 Parkplätze pro Wohnung. Trotzdem möchte sich der Gemeinderat noch nicht festlegen lassen. Sollten beispielsweise die heutigen Oberflächenparkplätze der Seifenfabrik für eine Erweiterung des Grünraums genutzt werden, braucht es eine umfassende sinnvolle Lösung für die Parkplatzfrage. Deshalb möchte der Gemeinderat die definitive Anzahl Parkplätze erst mit der ÜO festlegen. Zudem sagte der GPK-Sprecher zu recht, dass auch die ÜO aufgelegt wird und damit öffentlich ist. Sie wird also nicht im stillen Kämmerlein verabschiedet, sondern es herrscht volle Transparenz. Mehr als 0,75 Parkplätze pro Wohnung werden aber wie gesagt mit Sicherheit nicht zugelassen.

Über die Verkehrspolitik wurde Verschiedenes gesagt. Herr Suter meinte sinngemäss, eine Stadt sei vor allem dann attraktiv, wenn sie für Autofahrende sehr gut erschlossen sei. Herr Briechle erklärte, dass der Motorisierungsgrad in den letzten Jahren auch in Biel abgenommen habe. Ich glaube, in der Stadt gibt es pro Kopf tatsächlich weniger Autos als auf dem Land. Zudem bewegen wir uns auf Zeiten zu, in zunehmend geteilt wird. Ich wuchs noch so auf, dass jede Familie ihr eigenes Auto besass. Die Sporttasche im Kofferraum sowie die Sonnenbrille und der Schlüssel im Handschuhfach gehörten zum Inventar. Bei geteilten Autos geht das nicht. Gerade bei Jungen funktioniert das Teilen aber gut. Es stimmt, dass der Motorisierungsgrad der Stadtbevölkerung tendenziell abnimmt. Der Standort Kreuzplatz ist für autoarmes

Wohnen sehr gut geeignet, da er mit dem öV tadellos erschlossen ist und bahnhofnah. Aufgrund der Städteinitiative, die vom Stadtrat mit dem «Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs» (SGR 761.8) umgesetzt wurde, muss das Wachstum des motorisierten Individualverkehrs (MIV) gestoppt werden. Wenn die Bevölkerung wächst, müssen demnach andere Mobilitätsträger dieses Wachstum auffangen. Steuerungsmassnahmen wie die vorliegend diskutierte Anzahl Parkplätze tragen dazu bei, dass dieses Ziel erreicht werden kann.

Selbstverständlich gilt die bewährte städtische Bodenpolitik auch für das vorliegende Projekt: Grundstücke werden grundsätzlich im Baurecht abgegeben, auch wenn es wie vorliegend nur um einen kleinen Perimeter geht. Zudem ist der Gemeinderat gestützt auf das «Reglement zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus» (SGR 854.1) gehalten, bei Landgeschäften als Erstes zu prüfen, ob ein gemeinnütziger Wohnbauträger in Frage kommt. An einem Standort wie dem Kreuzplatz, wo sich momentan viel verändert, könnten auch kleinere, innovative wohnbaugenossenschaftliche Projekte zum Tragen kommen, so wie es beispielsweise die Genossenschaften BIWOG und Casanostra an der Wasenstrasse oder FAB-A am Fabrikgässli vormachten. Für solche Projekte hat Biel durchaus Potenzial.

Zur Wohnungsnachfrage, Herr Grupp: Die Planung umfasst immer einen weiten Zeithorizont. Es ist am Grundeigentümer, sich seine Gedanken über den besten Zeitpunkt der Projektumsetzung zu machen. Die Stadt schafft nur die Voraussetzungen. Wird die ZPP heute wie vorgesehen genehmigt, heisst das noch nicht, dass 2021 tatsächlich ein Baugesuch eingereicht und die Bagger auffahren werden. Momentan wird eher viel gebaut, was auch mit der Kapitalmarktsituation zu tun hat. Ich gehe davon aus, dass die vorgesehene Überbauung nicht in einer Etappe realisiert wird. Das Hochhaus hingegen muss selbstverständlich in einem Anlauf gebaut werden. Wann genau es aber realisiert wird, weiss heute noch niemand. Der Grundeigentümer wird sich sicher an der Marktentwicklung und der Nachfrage orientieren.

Herr Scheuss, vermutlich baut kaum ein Investor freiwillig zu viele Parkplätze. Kommerziell sind Parkplätze nämlich nicht sehr interessant. Ich gehe davon aus, dass sich jemand, der rechnen kann, seine Gedanken zur Anzahl Parkplätze macht... Herr Arnold, selbstverständlich wurde die Mehrwertabgabe-Regelung öffentlich aufgelegt. Gemäss den kantonalen baurechtlichen Bestimmungen ist der Verfügungsentwurf Bestandteil des Auflageverfahrens. Schlussendlich geht es aber um die tatsächliche Mehrnutzung und nicht um die hypothetische. Trotzdem ist klar, wie hoch die Mehrwertabgabe ausfallen wird. Die anderen von Ihnen erwähnten Aspekte wie Buchgewinne und -verluste betreffen das harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2). Das ist Ihr persönlicher Berufsalltag... Der Gemeinderat hat nicht unbedingt Freude daran, dass solche Verrechnungen getätigt werden müssen. Aus finanzieller Sicht dürften sie die Geschäfte sogar eher erschweren. Aber die HRM2-Vorschriften sind zwingend anzuwenden... Herr Briechle erkundigte sich, wann die vFM am Kreuzplatz umgesetzt werden. Es stimmt, dass in den vFM zum A5-Ostast Massnahmen am Kreuzplatz vorgesehen sind. Gleichzeitig steht im dazugehörigen Massnahmenblatt BMa3 zum Realisierungszeitpunkt innert zwei Jahren: *"Abhängigkeiten mit Bauzustand Westast sind zu gegebener Zeit zu*

prüfen." Deshalb ist die zeitliche Umsetzung der Massnahmen im Moment etwas schwierig zu bestimmen, vor allem auch, weil es einen Zusammenhang mit der Verbindung zur Aebistrasse gibt. Es muss deshalb davon ausgegangen werden, dass die vfM am Kreuzplatz nicht innerhalb der geforderten zwei Jahre realisiert werden können.

Zu guter Letzt möchte ich den Antrag der Fraktion FDP zur Botschaft kommentieren: Ich möchte beliebt machen, die Bildlegende aus dem Stadtratsgeschäft in der Botschaft zu übernehmen. Die Leiterin der Dienststelle Planung und Stadtraum, Frau Gäumann, versuchte in meinem Auftrag, das fragliche Bild abzuändern und die Bäume wegzuretouchieren. Ohne Erfolg. Das Bild stammt aus dem Richtplan vfM und ist ein Ganzes. Werden die Bäume entfernt, resultieren weisse oder schwarze Flecken, die auch wieder erklärungsbedürftig wären. Deshalb beschloss der Gemeinderat, das vorliegende Bild unverändert zu übernehmen, dieses aber zu erläutern. Offenbar ging nun bei der Fertigstellung der Botschaft die Legende aber vergessen. Dafür entschuldige ich mich. Damit hoffe ich, alle Fragen beantwortet zu haben. Falls das nicht der Fall ist, bitte ich um Mitteilung. Ansonsten danke ich für Ihre Zustimmung zum vorliegenden Geschäft, das den historischen Stadtteil von Madretsch, einem wichtigen Bieler Quartier, stärken wird.

Scheuss Urs, Grüne: Ich nehme Bezug auf die Bemerkung von Herrn Fehr, wonach kaum ein Investor freiwillig zu viele Parkplätze baue. Ich erinnere an die Beantwortung meiner Interpellation 20180305 «Rückgang der Parkkarten für Anwohnende: Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat?». Offenbar ist die Anzahl der ausgestellten Parkkarten für Anwohnende stark zurückgegangen, seit bei Gesuchseinreichung belegt werden muss, dass kein privater Parkraum zur Verfügung steht. Das zeigt, dass vermutlich doch zu viele Parkplätze gebaut wurden. Vielleicht wäre es interessant, einmal den Parkplatz-Leerstand in Biel zu erheben...

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Scheuss, Ihre Aussage ist absolut richtig. Nur interpretiere ich sie ganz anders: In der Vergangenheit (und zum Teil auch noch heute) wurde die Bauherrschaft gezwungen, die nötige Anzahl Parkplätze bereitzustellen. Aufgrund der Parkkarten für Anwohnende kam es danach in Einzelfällen zu unlauterer Konkurrenz zwischen "Parkkarten-" und normalen Oberflächenparkplätzen. Hinzu kam, dass Oberflächenparkplätze auch immer wieder zu wenig komfortablen Situationen für Velofahrende und FussgängerInnen führen. Das kann an einem konkreten Beispiel illustriert werden: Auf der Mattenstrasse durfte früher im Bereich Zentralstrasse - Alleestrasse nachts und am Wochenende auf dem Trottoir parkiert werden. Dadurch wurde es auf dem Trottoir für Personen mit Einkaufs- oder Kinderwagen sowie Rollstühlen eng. Auch fehlte auf der Mattenstrasse dadurch der Platz für Velos. Schlussendlich parkierten dort vor allem die BewohnerInnen der Bachmannüberbauung, obschon die Siedlung über eine gigantische Einstellhalle verfügt... Das zeigt: wenn Parkplätze am richtigen Ort erstellt werden, kann öffentlicher Raum zurückgewonnen werden. Die Aufenthaltsqualität steigt und die Bedingungen für den Langsamverkehr und den öV verbessern sich. Ich finde, solche Zusammenhänge sollten in der Diskussion um die Anzahl Parkplätze auch berücksichtigt werden. Eigentlich ist es erstaunlich, dass die HauseigentümerInnen die Stadt nicht vermehrt wegen unlauterer Konkurrenzierung kritisieren...

Wiher Max, GLP: Die Antwort des Gemeinderats betreffend vFM Kreuzplatz schockierte mich etwas. Unter Velofahrenden ist bekannt, dass der Kreuzplatz sehr gefährlich ist. Ich kenne viele Familien, die sich nicht trauen, mit dem Velo darüber zu fahren. Ich selber befahre ihn täglich mit dem Velo, bin aber auch ein geübter Velofahrer und relativ mutig. Für alle Velofahrenden, die den Kreuzplatz meiden, habe ich vollstes Verständnis. Ich ging wirklich davon aus, dass am Kreuzplatz eine Verbesserung für die Velofahrenden vorgesehen ist, zumal ich bereits einige Vorstösse zu diesem Thema eingereicht habe. Diese wurden bisher immer dahingehend beantwortet, als dass sich die Situation mit der Eröffnung des A5-Ostasts und der damit verbundenen vFM verbessern würde. Ich nahm an, dass dies bis Oktober 2019 der Fall ist. Nun stelle ich mit Schrecken fest, dass das nicht stimmt, weil es irgendeinen Zusammenhang mit dem A5-Westast geben soll...? Das verstehe ich nicht. Der Kreuzplatz hat mit dem Westast nichts zu tun! Ich bitte den Gemeinderat, vorwärts zu machen, so dass der Kreuzplatz für Velofahrende erträglicher wird, andernfalls weitere Vorstösse zu diesem Thema nötig sein dürften...

Fehr Erich, Stadtpräsident: Grundsätzlich habe ich Verständnis für Herrn Wihers Anliegen. Es ist aber eine altbekannte Tatsache, dass zwischen Kreuzplatz und A5-Westast eine Verbindung besteht. Das läuft unter "man beachte das Kleingedruckte"... Der Kreuzplatz wird auch in Zukunft bestimmte verkehrliche Funktionen haben. Mit der Gartenstrasse soll in Richtung Linde eine attraktive Alternative und ein weiterer Teil der angestrebten Veloverbindungen realisiert werden. Es gilt immer zu beachten, welche Massnahmen realistischweise innert welchem Zeithorizont umgesetzt werden können. Ihre Botschaft hat der Gemeinderat jedoch gehört, Herr Wiher. Es ist allen klar, dass es beim Kreuzplatz möglichst rasch vorwärts gehen soll. Dieser stellt nun mal ein Scharnier dar. Deshalb braucht es auch mehr Wissen dahingehend, wie es im Westen künftig weitergeht.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich begreife Herrn Wiher. Auch ich fahre oft mit dem Velo über den Kreuzplatz. Das braucht etwas Mut, ist aber möglich. Nun wurde aber viel über die Gartenstrasse gesagt. Dort hängt seit vielen Jahren eine Tafel mit der Aufschrift "Privatweg". Vor einigen Jahren fragte ich die Stadtverwaltung, weshalb. Die Antwort lautete, dass offenbar im Rahmen der Handänderung gewisse, in der öffentlichen Auflage vorgesehene dingliche Rechte vergessen und nicht übertragen wurden. Ich bitte den Gemeinderat vorwärts zu machen, so dass die Veloverbindung Gartenstrasse rasch realisiert werden kann. Sie dient der Entlastung des Kreuzplatzes und wäre relativ einfach umzusetzen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wir stimmen nun über Ziffer I des Beschlussesentwurfs ab. Anschliessend folgt die Diskussion und die Abstimmung zur Botschaft (Ziffer II des Beschlussesentwurfs).

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel beschliesst nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 19. September 2018 betreffend die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Kreuzplatz-Nord» (ZPP 2.1), gestützt auf Art. 40 Abs. 1, Ziffer 1, Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **mit 45 Ja- und 0 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen:**

I. Er empfiehlt den Stimmberechtigten, dem folgenden Gemeindebeschlussesentwurf zuzustimmen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 15. November 2018 und gestützt auf Artikel 12, Ziffer 3, Buchstabe b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) beschliesst:

1. Die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Kreuzplatz-Nord» (ZPP 2.1) wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird nach Abweisung der verbleibenden Einsprache durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Botschaft

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Fraktion FDP hat bereits den Antrag gestellt, die Bäume in der Skizze auf Seite 6 der Botschaft wegzulassen oder die Bildlegende gemäss Bericht an den Stadtrat anzupassen.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Nach dem Votum des Stadtpräsidenten **präzisiere ich den Antrag der Fraktion FDP insofern, als sie sich mit einer Ergänzung der Bildlegende zufrieden gibt. Den Hauptantrag, die Bäume wegzulassen, ziehen wir zurück.**

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne **beantragt, dass die ganze Botschaft nochmals überarbeitet und die Richtlinien zur sprachlichen Gleichbehandlung von Frau und Mann respektiert werden.** Bereits auf der ersten Seite der Botschaft steht: *"In der Testplanung machen verschiedene Teams, bestehend in der Regel aus Architekten und Städtebauern..."* Die Botschaft ist auf solche Textstellen zu kontrollieren. Das ist ein kleines, aber wichtiges Anliegen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die von der Fraktion Grüne geforderte Überprüfung wird redaktionell vorgenommen. Darüber muss nicht abgestimmt werden.

Die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Kreuzplatz Nord» wurde vom Stadtrat nicht bestritten. Wie bereits bei früheren Botschaften zu unbestrittenen Geschäften sollen auch vorliegend die Argumente der Gegnerschaft weggelassen und ein anderer Standardtext eingefügt werden. Ich bitte die Ratssekretärin, den neuen Wortlaut vorzulesen.

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Kapitel 4 trägt neu den Titel «Argumente für das Projekt» und lautet: *"Der Stadtrat hat dem Geschäft im Rahmen seiner Sitzung vom 15. November 2018 mit 45 Ja- gegen 0 Nein-Stimmen, bei 8 Enthaltungen zugestimmt. Er empfiehlt Ihnen, die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Kreuzplatz-Nord» (ZPP 2.1) aus folgenden Gründen anzunehmen:* "Danach folgen die im Botschaftsentwurf bereits aufgelisteten Argumente dafür.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion FDP

Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung

II. Der Entwurf für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen **genehmigt**.

217. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180366, Maurice Rebetez, Groupe PSR, «Terrassen und Ausgestaltung der Marktgasse»

Rebetez Maurice, PSR: Cette interpellation concerne une inégalité de traitement assez importante à la rue du Marché.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

218. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20180365, Lena Frank, Fraktion Grüne, «Keine Schlupflöcher bei der Mehrwegpflicht»

Frank Lena, Grüne: Eigentlich möchte ich nicht schon wieder einen Vorstoss betreffend Mehrwegpflicht einreichen. Aufgrund der Beantwortung meiner heute noch zu diskutierenden Interpellation 20180254 «Mehrweggeschirr – wann wird die Verordnung endlich angewendet?» sehe ich mich aber gezwungen, ein Postulat nachzureichen. Dringlichkeit wird beantragt, weil möglichst rasch Massnahmen im Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen ergriffen werden müssen.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

219. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20180364, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, «A5 Westast Marsch-Halt, Dialog und Vergleich auf Grund der aktuellen Verkehrszahlen»

Steinmann Alfred, SP: Die Dringlichkeit für dieses Postulat ist gegeben, weil es um den Westast geht. Diesbezüglich ist momentan alles dringlich... Konkret geht es um einen Vergleich, neue Zahlen sowie um einen Marschhalt.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

220. Begründung der Dringlichkeit der Motion 20180363, Olivier Waechter, Groupe UDC/Les Confédérés, «Stadtpräsidium: neuer Vorschlag»

Waechter Olivier, UDC: Cette motion est urgente car elle demande une nouvelle proposition de présidence de la Ville, autrement dit un système de tournus du maire et une restructuration des départements. Cette demande concerne le nouveau Règlement de la Ville de Bienne, qui est actuellement remanié et modifié.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

221. Begründung der Dringlichkeit der Motion 20180362, Ruth Tennenbaum, Fraktion Einfach libres!, «Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5»

Sprenger Titus, Passerelle: Auch dieser Vorstoss betrifft die A5. Die Dringlichkeit hat eigentlich Herr Steinmann bereits begründet. Was in Moutier die Jurafrage ist, ist in Biel momentan der A5-Westast. Die Bevölkerung ist zerrissen und es wäre gut, wenn sie nun konkret zum A5-Westast Stellung beziehen könnte.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Damit schlage ich vor, eine Pause einzulegen.

222. Ordnungsantrag

Tanner Anna, SP: Da die Zeit noch nicht sehr weit fortgeschritten ist, **beantrage ich, vor der Pause noch ein Traktandum zu behandeln.**

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag von Frau Tanner

Der Antrag wird angenommen.

223. Interpellation 20180099, Joël Zumstein, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Erfolg von Einbürgerungen»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Danke Frau Tanner, dass dieser Vorstoss noch vor der Pause diskutiert werden kann. Ich lese Ihnen eine Wortmeldung des Interpellanten, Herrn Zumstein, vor, der zurzeit in Kanada weilt: *"Ich möchte dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Interpellation bezüglich dem Erfolg von Einbürgerungen danken. Ich entnehme der Beantwortung, dass es keine rechtliche Grundlage dafür gibt, die Steuerdaten von eingebürgerten Personen im Sinne einer statistischen Weiterverwendung zu erheben. Daher fehlt der Beantwortung in ihrem Kern ein wichtiger Bestandteil, was die Aussagekraft bedeutend reduziert. Nichts desto trotz wäre es aus meiner Sicht möglich, Aussagen zu der Anzahl Einbürgerungen zwischen 2010 und 2016 zu machen, was in der Beantwortung meiner Interpellation fehlt. Auch sind keine Aussagen bezüglich demographischer Unterscheidung (jünger oder älter als 25 Jahre bei der Einbürgerung) enthalten. In diesem Zusammenhang wäre es meiner Meinung nach interessant zu erfahren, ob die Bekanntgabe und Auswertung des Alters von Einbürgerungswilligen ebenfalls im Sinne des Datenschutzgesetzes schützenswert ist. Hierzu beziehe ich mich als Referenz auf die Ausländerstatistik vom September 2018, veröffentlicht durch das Staatssekretariat für Migration. Darin sind Daten über die ständige ausländische Wohnbevölkerung veröffentlicht, gegliedert nach Bewilligungsart, Alter, Zivilstand sowie Aufenthaltsdauer. Grundsätzlich bin ich von der Qualität der Beantwortung nicht befriedigt. Trotz fehlender gesetzlicher Grundlage für die Beantwortung von Teilfragen hätten die verbleibenden Fragestellungen meiner Interpellation beantwortet werden können. Da ich jedoch keinen Nutzen oder Mehrwert in einer Aufrechterhaltung dieser Interpellation sehe, erkläre ich mich entgegen meiner persönlichen Wahrnehmung von der Beantwortung befriedigt."*

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Damit machen wir nun tatsächlich Pause.

Sitzungsunterbruch 19.40 Uhr - 20.45 Uhr

224. Überparteiliches Postulat 20180225, Lena Frank, Grüne, Judith Schmid, PdA, Muriel Günther, SP, Anna Tanner, SP, Myriam Roth, Grüne, «Lohnungleichheit auch im Beschaffungs- und Subventionswesen»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Frank Lena, Grüne: Ich danke dem Gemeinderat für seine kurze, aber positive Beantwortung. Das Gemeinwesen ist eine wichtige Auftraggeberin und steht dabei in der Pflicht, seine Vorbildfunktion wahrzunehmen. Es ist logisch, dass nicht nur die Stadt selber die Lohnungleichheit gewähren soll, sondern dass sie diese auch von ihren Dienstleistungserbringenden einfordern muss. Die Forderung nach Lohnungleichheit im Beschaffungswesen ist nicht aus der Luft gegriffen. Der Bund sowie einige Kantone und Gemeinden (zum Beispiel die Städte Bern und Zürich) kennen die geforderte Praxis bereits. So müssen die Anbietenden beim Einreichen einer Offerte eine Selbstdeklaration zur Lohnungleichheit einreichen. Das Rad muss also nicht neu erfunden werden. Der Bund bietet eine Beratungsstelle für Gemeinden an, die diese Praxis ebenfalls einführen wollen. Es ist auch möglich, dafür beim Bund Finanzhilfe

zu beantragen. Die Umsetzung dieser einfachen, aber griffigen Forderung zur Einhaltung der Lohnungleichheit ist also einfach umsetzbar. Ich bitte deshalb, dem Gemeinderat zu folgen und dieses Postulat erheblich zu erklären.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

225. Überparteiliches Postulat 20180098, Lena Frank, Grüne, Judith Schmid, PdA, Anna Tanner, SP, Myriam Roth, Grüne, Muriel Günther, SP, «Garantie der Lohnungleichheit in der Stadt Biel»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Frank Lena, Grüne: Wie beim vorgängigen Postulat bereits angetönt, hat die Stadt als Arbeitgeberin eine Verantwortung und eine Vorbildfunktion. Die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau ist seit 1981 in der Verfassung festgeschrieben. Trotzdem sind die Fortschritte bisher minim. Eine Massnahme, die leider noch immer zu wenig Beachtung findet, ist die Lohnkontrolle. Wie der Gemeinderat in seiner Beantwortung festhält, sind solche Kontrollen nach wie vor freiwillig. National- und Ständerat weigern sich noch immer standhaft, Lohnkontrollen für obligatorisch zu erklären. Wie bei allen Frauenfragen dauert es sehr lange... Die Postulantinnen möchten jedoch lobend erwähnen, dass sich die Stadt regelmässig solchen Kontrollen unterzieht. Trotzdem gibt es auch bei der Stadt nach wie vor nicht erklärbare Lohnunterschiede. Immerhin konnte die letzte Kontrolle aufzeigen, dass der Anteil unerklärbarer Lohnunterschiede bei der Stadt kontinuierlich sinkt. Das ist erfreulich. Trotzdem braucht es weitere Massnahmen, um die Lücke ganz zu schliessen. Deshalb reichte die Fraktion SP/JUSO heute das Postulat 20180371 «Lohnungleichheit bis 2023 behoben» ein. Der Gemeinderat zeigt sich in der vorliegenden Beantwortung bereit, entsprechende Massnahmen zu prüfen. Auch das ist erfreulich. Ich bitte den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat 20180098 erheblich zu erklären.

Vlaiculescu Christiane, PSR: Le Conseil municipal dans sa réponse propose au Conseil de ville d'adopter le postulat concernant la garantie de l'égalité salariale à la Ville de Bienne. La volonté d'agir et de prendre les mesures nécessaires pour corriger et éradiquer les inégalités salariales est affirmée avec fermeté. Le PSR, pour qui le principe d'égalité salariale est un point important, se demande cependant s'il est acceptable que le problème existe encore et toujours au sein de l'Administration de la Ville. Le Conseil municipal parle de seuil de tolérance, mais il ne faudrait pas oublier que ces chiffres représentent des êtres humains. Il est aussi mentionné qu'il y a une nette amélioration du pourcentage de différences salariales, mais cela voudrait donc dire que tout n'est pas réglé. Est-ce exact et comment cela est-il possible? Il est fait mention d'outils dont disposerait la Ville pour arriver à l'égalité salariale. Ces outils sont-ils à la disposition des différents départements de la Ville? Sont-ils utilisés et efficaces? Combien de temps faudra-il pour régler ces problèmes alors qu'aucun délai n'est fixé? Voilà un certain nombre de questions et remarques qui ne mettent pas en doute la volonté affirmée du Conseil municipal de traiter et donc d'éliminer ces

inégalités ou plutôt ces injustices. Le PSR suit la proposition faite par le Conseil municipal d'adopter ce postulat mais se permet de dire qu'il restera vigilant.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat ist mit den Postulantinnen einig, dass die unerklärbaren Lohnunterschiede bei der Stadt so rasch als möglich verschwinden müssen. Es ist aber einfach eine Tatsache, dass über Jahre gewachsene Strukturen nicht einfach über Nacht verschwinden. Deshalb ist es für den Gemeinderat wichtig zu sehen, dass die Richtung stimmt: Zwischen zwei Lohnkontrollen konnten die unerklärbaren Lohnunterschiede bereits um ein Drittel reduziert werden. Der Gemeinderat hofft, dass es dank Sensibilisierungsmassnahmen nun zunehmend schneller vorwärts geht. Frau Vlaiculescu-Graf sagte, der PSR *"restera vigilant"*. Das ist gut und hilft, ein entsprechendes Arbeitsklima aufzubauen. Die von Frau Vlaiculescu-Graf gestellten Fragen werden im Prinzip im nachfolgenden Postulat beantwortet. Ich greife nun also etwas vor. Wie Sie der Beantwortung des Postulats 20180123 entnehmen können, werden derzeit Massnahmen in drei Wirkungsbereichen umgesetzt:

1. Rekrutierungsverfahren: Durch gezielte Ausschreibungen, eine entsprechende Gestaltung der Vorselektion sowie andere Massnahmen kann die Anstellung von Frauen gefördert werden.
2. Personalmarketing: Frauen haben unter Umständen andere Bedürfnisse als Männer. Die Stadt muss auch von Frauen als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen werden. Das allein hat zwar noch keinen Einfluss auf den Lohn. Aber gerade auf Kaderstufe braucht es auch weibliche Bewerbungen.
3. Massnahmen für eine möglichst optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In der Beantwortung werden dazu drei Stichworte aufgeführt (Tearbeit, flexible Stundenansätze, Jobsharing).

Schlussendlich braucht es aber auch immer wieder Lohnkontrollen mittels LOGIB, damit klar wird, wo die Stadt steht. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass dieser Weg vergleichsweise rasch zum Ziel führt.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

226. Überparteiliches Postulat 20180123, Myriam Roth, Grüne, Lena Frank, Grüne, Judith Schmid, PdA, Muriel Günther, SP, Anna Tanner, SP, «Gleichstellung von Mann und Frau: Bestrebungen notwendig»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Roth Myriam, Les Verts: En effet, les termes: cadre, cadre supérieur, supérieur, cheffe, dirigeante ne sont qu'une question de définition. Si on se concentre que sur les cadres supérieurs, l'objectif n'est toujours pas atteint car l'égalité n'est pas encore totale. Il est toutefois plutôt réjouissant de pouvoir lire, que la répartition hommes - femmes à la fin du premier semestre 2018 s'élevait à 39,6% pour les postes de cadres occupés par des femmes. Par contre, la proportion de femmes aux postes de

cadres supérieurs reste inférieure de façon significative et s'élève à 27%. Pour cette raison, **je vous demande de ne pas radier du rôle ce postulat.**

Wendling Cécile, FDP: Auch die Fraktion FDP ist selbstverständlich für eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen. Reine Frauenförderung, wie sie das vorliegende Postulat fordert, findet sie heutzutage aber schon wieder altmodisch. Das Ziel kann nicht sein, von einem Extrem in das andere zu wechseln, ansonsten wird die Gleichstellung nie erreicht. In diesem Sinn befürworten wir Massnahmen wie insbesondere die Flexibilisierung der Arbeitsmodelle, was in Biel ja bereits umgesetzt wird. Das ist ein moderner Ansatz, der auch den Männern zu Gute kommt. Das Familienleben wird gefördert, wenn Mutter, Vater oder beide teilzeitlich den Haushalt erledigen oder die Kinder betreuen. Anders als in Bern konnten in Biel bereits Massnahmen für mehr Frauen in Kaderpositionen umgesetzt werden. So konnte der Frauenanteil auch ohne fixe Quote erhöht werden. Es besteht, dass durch die Vorgabe von Quoten die fachliche Kompetenz an Wichtigkeit verliert. Gerade bei Bewerbungen für Kaderstellen ist kein Dossier wirklich gleich wie ein anderes. Bei der Auswahl muss die fachliche Qualifikation im Vordergrund stehen. Für die Besetzung einer Kaderstelle sind aber auch weitere persönliche Eigenschaften massgeblich. Die Fraktion FDP geht mit dem Gemeinderat einig, dass starre Vorgaben gerade für höhere Kaderstellen nicht sinnvoll sind. Frauen sollen sich für eine Kaderstelle nicht rechtfertigen müssen. Wir Frauen müssen nun einfach Gas geben, dann steht uns auf dem beruflichen Weg nichts mehr im Weg! Die Fraktion FDP folgt dem Gemeinderat und ist damit für die Abschreibung des vorliegenden Postulats.

Stolz Joseline, PSR: En préambule, je souhaiterais vous remercier de l'accueil chaleureux que vous m'avez fait ce soir, cela m'a réellement touchée merci. Le PSR salue les efforts consentis par le Conseil municipal qui, depuis plusieurs années, travaille pour la parité hommes - femmes, notamment en permettant de rendre les conditions de travail plus flexibles, afin de les rendre compatibles avec une vie de famille. Le PSR encourage vivement ce genre de facilités, comme décrites dans le tableau à la page 2 de la réponse (Types de mesures). Ces mesures devraient permettre aux parents de se relayer en cas de maladie des enfants et ceci sans péjorer la qualité de leur travail et la sérénité de la vie familiale. Le PSR est aussi sensible au fait que le Conseil municipal tienne compte dans l'attribution des postes-clés l'aspect du bilinguisme et/ou de la représentativité francophone. Dès lors, le PSR encourage vivement le Conseil municipal à poursuivre la politique de l'attribution des postes-clés dans ce sens afin de tendre vers la parité. Le PSR vous demande de suivre la proposition du Conseil municipal.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich will nicht mehr auf alle Facetten der vorliegenden Beantwortung eingehen, da ich mich bereits beim vorangehenden Geschäft darauf bezogen habe. Trotzdem scheint mir eines wichtig: wenn Frauen oberste Kaderpositionen besetzen sollen, braucht es eine gute Basis. Dementsprechend ist es eine gute Voraussetzung, dass bereits 40% des mittleren Kaders Frauen sind. Nicht immer ist die Anstellung einer externen Person die beste Lösung. Es braucht immer eine gute Durchmischung zwischen Internen und Externen, Männern und Frauen, Jüngeren und Älteren, Deutsch- und Französischsprachigen. Wenn immer genügend Kaderpersonen zur Verfügung stehen sollen, braucht es ein gutes Fundament. Die in der Beantwortung beschriebenen Parameter für externe Rekrutierungsverfahren gelten zum Teil auch für interne Rekrutierungsverfahren.

Junge Personen mit entsprechendem Potenzial können auch intern gefördert werden. Dabei kann beispielsweise darauf geachtet werden, dass insbesondere Frauen fordernde, ihrer Entwicklung entsprechende Aufgaben erhalten oder zu Weiterbildungen motiviert werden. Gerade für Frauen mit Familie ist das oft eine Herausforderung. In diesen Bereichen ist noch viel möglich. In den letzten Jahren konnten für verschiedene Kaderstellen Frauen rekrutiert werden. Noch vor 10 Jahren sah das Bild viel schlechter aus, seither ist aber viel geschehen. Die zweitoberste Kaderstufe entspricht bereits dem Wunsch der Postulantinnen. Nun soll noch die oberste Kaderstufe in Angriff genommen werden. Der Gemeinderat beantragt trotzdem, das Postulat als erfüllt abzuschreiben, denn dessen Forderung ist erfüllt. Die Berichterstattung wird im Rahmen des Geschäftsberichts erfolgen. Ich bitte den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen.

Abstimmung

- über den Antrag der Postulantinnen, das Postulat erheblich zu erklären, aber noch nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Damit wird das Postulat erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

227. Überparteiliches Interpellation 20180127, Titus Sprenger, Passerelle, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Lena Frank, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, «Lohnungleichheit; Wie gross sind die Unterschiede im Detail?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Sprenger Titus, Passerelle: Ich danke dem Gemeinderat für seine ausführliche Antwort. Sie vermittelt den Eindruck, dass für ihn Lohnungleichheit nicht nur ein Schlagwort oder eine Worthülse ist, sondern dass er das Thema wirklich ernst nimmt. Die nachgelieferten Ergebnisse zeigen die Unterschiede pro Direktion, Abteilung oder Dienststelle auf. Sie zeigen ein differenzierteres Bild als die allgemein kommunizierten 3,1% unerklärlichen Lohndifferenzen über die gesamte Stadtverwaltung. Die meisten Verwaltungseinheiten stehen gut bis sehr gut da. Es gibt aber einige Abweichungen von mehr als 5%. Dass der Handlungsbedarf in den betroffenen Abteilungen und Dienststellen besonders hoch ist, muss ich dem Gemeinderat wohl kaum sagen. Sollte der Gemeinderat die Fortschritte bei der Lohnentwicklung nicht von sich aus öffentlich dokumentieren, werden wir in drei bis vier Jahren die gleiche Interpellation erneut einreichen. Schliesslich bleibt zu hoffen, dass es dem Gemeinderat im Rahmen seiner Governance-Aufgaben gelingt, auch die gemeindeeigenen Unternehmen von der Lohnungleichheits-Charta zu überzeugen. Insofern sind die Interpellierenden zwar nicht zufrieden mit den Lohnunterschieden, dafür aber mit der Antwort des Gemeinderats.

Kaufmann Stefan, FDP: Gibt es eigentlich auch Lohnunterschiede zwischen gleich qualifizierten Männern beziehungsweise zwischen gleich qualifizierten Frauen? Wenn ja, bewegen sich diese in der gleichen Grössenordnung wie die Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann? Handelt es sich bei diesen Lohnunterschieden um ein Phänomen, das in einem Lohnsystem einfach vorkommt oder sind sie tatsächlich geschlechtsspezifisch?

Stolz Joseline, PSR: Le PSR remercie le Conseil municipal des réponses à l'interpellation "Inégalité salariale: quels sont les écarts en détail?". On peut constater, qu'à la Mairie les femmes gagnent plus que dans les autres directions. En effet, dans toutes les autres directions, elles sont moins rétribuées. Il faut absolument défendre qu'à fonction égale, le salaire doit être égal pour toutes et tous et cela indépendamment de l'origine, du sexe, de la langue, du statut social, du mode de vie, des convictions religieuses ou politiques. Aucune excuse ne peut être donnée et l'égalité des salaires doit être respectée. Il semble que la méthode LOGIB, qui permet de démontrer de manière sommaire les inégalités entre les sexes, n'est pas toujours précise. Donc, ne serait-il pas possible d'affiner les résultats avec d'autres outils ou en compléments comme ceux mis à disposition par le Bureau fédéral de l'égalité? Si le Conseil municipal ne tolère pas les inégalités de traitement, il faut donc être conséquent et pas uniquement dans les mesures, mais de manière concrète.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Zahlen in der Studie zur «Überprüfung der Lohngleichheit zwischen weiblichen und männlichen Angestellten» sind sehr interessant. Herr Sprenger, diese Zahlen sind öffentlich! Der Gemeinderat schaltete sie nicht nur aufgrund Ihrer Interpellation im Internet auf. Dem Gemeinderat ist bewusst, wie wichtig die Lohngleichheit ist. Er stellt mit Befriedigung fest, dass die Lohnunterschiede über die ganze Stadtverwaltung hinweg gesehen sehr ausgeglichen sind. Dennoch gibt es Ausreisser auf beide Seiten. Die erhaltenen Zahlen deuten definitiv nicht auf eine systematische Benachteiligung hin. Alle Gemeinderatsmitglieder und Abteilungsleitenden streben weitere Verbesserungen an. Wie ich bereits sagte, sind gewisse Strukturen historisch gewachsen und können nur schrittweise verändert werden. Die Frage von Herrn Kaufmann ist hochinteressant. Zu den Lohnunterschieden innerhalb des gleichen Geschlechts gibt es im Moment keine Untersuchungen. Ich bin aber überzeugt, dass es auch solche gibt. Bei staatlichen Lohnsystemen mit mehreren Lohnklassen und -stufen muss immer bei Stellenantritt definiert werden, wie die Ausbildung, die Vorkenntnisse, das Alter und weitere Parameter gewertet werden. Diese Bewertung wird nun einmal nicht von allen Führungspersonen gleich gehandhabt. Zudem gibt es wohl auch bei der Mitarbeitendenbeurteilung trotz aller Anstrengungen gewisse Unterschiede. Deshalb stimmen wohl auch die Löhne innerhalb des gleichen Geschlechts nicht zu 100% überein. Lohnsysteme sind keine exakte Wissenschaft...

228. Postulat 20180097, Martin Scherrer, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Ampelanlage Portstrasse»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Scherrer Martin, SVP: Mit dem vorliegenden Postulat wollte ich prüfen lassen, ob die Ampelanlage Portstrasse - Aegertenstrasse zeitweise ausser Betrieb genommen werden könnte. Hintergrund dafür war, dass die dortige Autobahnauffahrt nicht neu ist. Es gab sie schon vor dem A5-Ostast. Damals funktionierte der Verkehr auch ohne Ampelanlage immer problemlos. Meine Idee war, die Ampelanlage zu Randzeiten auszuschalten, nicht aber zu den Hauptverkehrszeiten. Gemäss Beantwortung ist nun aber der Kanton zuständig für diese Ampelanlage. Das habe ich vorausgesehen... Deshalb forderte ich im Postulat eine Überprüfung der Zusammenarbeit mit dem Kanton. Offenbar liess der Kanton verlauten, eine Abschaltung sei nicht möglich, weil der Fussgängerstreifen über mehr als eine Fahrspur führt und die Sichtweiten hierfür nicht ausreichen. Das kann ich nicht nachvollziehen. Am Kreuzplatz gibt es ähnliche Fussgängerstreifen, trotzdem wird die dortige Ampelanlage zeitweise ausgeschaltet. Die Sichtweite hat sich seit der Eröffnung des A5-Ostasts nicht verändert. Deshalb kann ich die Argumentation des Kantons nicht nachvollziehen. Ich denke, es ist wenig ökologisch, wenn Autos wegen nichts anhalten müssen. Es wäre sinnvoller, wenn sie freie Durchfahrt hätten. Die Antwort müsste eigentlich nicht sein: *"Die Ampelanlage kann daher ausserhalb der Hauptverkehrszeiten nicht ausgeschaltet werden"*, sondern: "Der Kanton ist nicht bereit, die Ampelanlage ausserhalb der Hauptverkehrszeiten auszuschalten." Der Gemeinderat hat das Anliegen geprüft und ist offenbar nicht bereit, dieses umzusetzen. Ich bin einverstanden mit der Abschreibung. Trotzdem möchte ich noch auf etwas Anderes hinweisen: stadtauswärts springt die Ampelanlage auf Grün, lässt zwei Autos passieren und wird dann wieder für ein paar Sekunden rot. So kommt die Autokolonne kaum vorwärts. Auch dieser Umstand könnte gelegentlich überprüft werden...

Steinmann Alfred, SP: Die Ampelanlage an der Portstrasse wurde im Zusammenhang mit dem A5-Ostast gebaut. Bauherr ist der Kanton. Somit ist der Bieler Gemeinderat gar nicht zuständig für das vorliegende Anliegen. **Deshalb stellt die Fraktion SP/JUSO den Antrag, das Postulat nicht erheblich zu erklären.** Übrigens funktioniert die Ampelanlage unserer Ansicht nach recht gut, seit sie justiert wurde...

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich nehme das neue Anliegen von Herrn Scherrer auf. Es gibt ein Tool, über welches Feststellungen betreffend Ostast gemeldet werden können. Über dieses Tool erreichte Herrn Scherrers Anfrage den Gemeinderat schon vor fast einem Jahr. Das Anliegen wurde von einer interdisziplinären Gruppe geprüft, in der auch das Bundesamt für Strassen (ASTRA), das kantonale Tiefbauamt sowie die Agglomerationsgemeinden vertreten sind. Diese Gruppe kam zu dem in der Beantwortung aufgeführten Schluss, wonach die Ampelanlage nicht ausgeschaltet werden kann. Nun geht es noch um die Frage, ob das Postulat erheblich erklärt werden soll oder nicht. Der Gemeinderat hat das Anliegen geprüft. Von dem her kommt es auf das Gleiche heraus... ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dem Gemeinderat zu folgen.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SP/JUSO

Der Antrag wird abgelehnt. Damit wird das Postulat erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

229. Interpellation 20180100, Joël Zumstein, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Monitoring städtischer Subventionen»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Schneider Sandra, SVP: Ich spreche nochmals im Namen des abwesenden Interpellanten, Herrn Zumstein und zitiere: *"Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation zum Monitoring städtischer Subventionen. Der Gemeinderat beantwortet die gestellten Fragen grundsätzlich, wenn auch teilweise nicht im gewünschten Detaillierungsgrad. So werden beispielsweise keine konkreten Massnahmen für die Sicherstellung der zweckmässigen Mittelverwendung genannt. Der Gemeinderat legt zwar dar, wie aus organisatorischer Perspektive die Verantwortlichkeiten geregelt sind, nennt jedoch keine genaueren Angaben zu den angewandten operativen Instrumenten. So verhält es sich auch bei der Beantwortung der Frage, wie die Stadt die Einsicht in die Buchführung subventionierter Betriebe wahrnimmt. Der Gemeinderat konsultiert zwar die erforderlichen Dokumente, nennt aber keine weiteren Details zur Handhabung. Im Rahmen der Frage nach den subventionierten sowie gewinnorientierten Sparten verweist der Gemeinderat auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis im Zusammenhang mit einem Controlling von Subventionen, was ich in diesem Rahmen ebenfalls befürworte. Auch ist die Erarbeitung eines vertieften Controllings von Leistungserbringern im Zusammenhang mit der institutionellen Sozialhilfe begrüssenswert. Das in der Beantwortung erwähnte Beispiel der Kitas finde ich als Argument absolut lächerlich und nicht im Sinne des Interpellanten. Ich bin nach wie vor nicht überzeugt, dass die Überwachung optimal geregelt ist. Trotzdem bin ich von der Beantwortung befriedigt. In diesem Sinne nochmals besten Dank für die Prüfung und Beantwortung."*

230. Dringliches überparteiliches Postulat 20180253, Dennis Briechle, GLP, Anna Tanner, SP, Lena Frank, Grüne, Reto Gugger, BDP, Judith Schmid, PdA, «Beschränkung von E-Bikes bei Bike-Sharing-Plattformen»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Briechle Dennis, GLP: Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung: *"Darüber hinaus gibt der Gemeinderat zu bedenken, dass in städtischen Gebieten jeder einzelne Umstieg von Automobilistinnen und Automobilisten auf ein Veloverleihsystem aus ökologischer Sicht in jedem Fall zu begrüßen ist, ..."* Deshalb sollen E-Bikes Bevölkerungsgruppen wie SeniorInnen, PendlerInnen oder Familien das Umsteigen aufs Velo erleichtern. Solange AutomobilistInnen zum Umsteigen bewegt werden können, macht dieses Vorgehen aus ökologischer Sicht sicherlich Sinn. Wer aber vom Velo auf das E-Bike umsteigt, macht einen ökologischen Rückschritt. Das wäre auch dann der Fall, wenn - wie die Medien berichteten - die gesamte Velospot-Flotte auf E-Bikes umgerüstet würde. Diesfalls müssten nämlich auch diejenigen, die heute ein "normales" Velo fahren, auf ein E-Bike umsteigen und zwar selbst dann, wenn sie die elektrische Unterstützung gar nicht bräuchten. Gerade auch angesichts der Tatsache, dass Velospot in seiner heutigen Form in Biel eine Erfolgsgeschichte ist und hohe Ausleihquoten ausweisen kann, wäre ein kompletter Ersatz durch E-Bikes fragwürdig. Weiter schreibt der Gemeinderat in seiner Beantwortung den etwas konfuse Satz: *"..., dass der beabsichtigte Ersatz der heute aus 230 Fahrrädern bestehenden Velospot-Flotte durch Fahrräder erfolgen soll, die wohl als Elektrofahrräder zum Einsatz kommen können."* Gemäss Gemeinderat müssten die KundInnen dafür einen entsprechenden Akku erwerben. Laut Berichterstattung im Bieler Tagblatt und gemäss unseren eigenen Informationen stimmt dies so nicht, denn die neuen Velos seien in jedem Fall mit einem Akku ausgerüstet. Wenn Velos nur als E-Bike genutzt werden können, dafür aber ein zusätzlicher Akku erworben und dieser stets mit sich zu führen wäre, ist das aus unserer Sicht weder praktikabel noch sinnvoll. Es ist zudem unpraktisch für diejenigen, die auf elektrische Unterstützung verzichten möchten, müssten sie doch, wenn sie ein Velospot-Velo benutzen wollten, auch noch das zusätzliche Gewicht eines Akkus mitbewegen. Weiter stellt sich die Frage des Diebstahlrisikos für solche E-Bikes. Wie bereits erwähnt, ist das neue Angebot nicht ökologisch. Wenn auch ein E-Bike sicherlich einem Verbrennungsmotor vorzuziehen ist, so hat die Akku-Herstellung doch auch nicht zu unterschätzende ökologische Nachteile. Aus diesen Gründen bleiben die PostulantInnen bei der Einschätzung, dass der Gesamtersatz der Velospot-Flotte durch E-Bikes nicht sinnvoll ist. Sie würden eine Begrenzung für Anbietende solcher Verleihsysteme begrüßen. **Die Urhebenden beantragen deshalb, das Postulat erheblich zu erklären, aber noch nicht als erfüllt abzuschreiben.**

Tanner Anna, SP: Herr Briechle hat schon sehr viel Wichtiges gesagt. Wenn ich schon entscheiden kann, ob ich ein E-Bike benutzen will, möchte ich auch frei darüber entscheiden können, ob ich einen für dieses Velo hergestellten Akku nutzen will oder nicht. Das von Velospot angestrebte Modell möchte es den Nutzenden überlassen, ob sie elektrische Unterstützung in Anspruch nehmen wollen oder nicht. Wenn das der Fall ist, sollten die Nutzenden immer frei entscheiden können ohne noch einen Akku dabei haben zu müssen. Wer einen Akku kaufen muss, kauft wohl lieber gerade ein ganzes Velo... Die Fraktion SP unterstützt den Antrag von Herrn Briechle, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Gugger Reto, BDP: Der Satz *"Dazu gehören namentlich Senioren, Pendlerinnen mit längeren Distanzen zum Arbeitsort oder Familien."* macht mich stutzig. Wie soll eine Familie ein E-Bike von Velospot nutzen? Kinder dürfen gar nicht E-Bike fahren, denn dafür braucht es ein Mindestalter. Velositz-Halterungen habe ich auf den Velospot-

Fahrrädern noch nie gesehen. Zudem gibt es mindestens 20 Velositz-Hersteller, die alle eine andere Halterung aufweisen. Auch eine Veloanhänger-Kupplung habe ich noch an keinem Velospot-Fahrrad gesehen. Wie kommt der Gemeinderat also darauf, dass Velospot-E-Bikes gut für Familien sein sollen?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die laufende Diskussion ist sehr schwierig, denn es werden vor allem persönliche Meinungen, Auffassungen oder Erfahrungen vertreten. Eigentlich geht es darum, möglichst viele Personen dazu zu bewegen, den Langsam- oder den öffentlichen Verkehr zu nutzen und möglichst auf das Auto zu verzichten. Ich bin Sozialdemokrat, trotzdem bin ich bezüglich der E-Bike-Flotte von Velospot liberal eingestellt. Offenbar sind die Grünliberalen diesmal nur grün, aber nicht liberal... Liberal heisst, dass schlussendlich die Kundschaft entscheidet, was sie will. Es stimmt, viele Menschen würden innerstädtisch nie ein E-Bike benutzen, ich übrigens auch nicht. Das ist mir viel zu unzweckmässig. Wer aber von der Mühlebrücke ins Bözingenfeld oder ins Beaumont muss, könnte ab und zu ein E-Bike ganz praktisch finden. Deshalb: lassen Sie die Kundschaft doch selber entscheiden, was sie braucht! Velospot wird auf die Nachfrage reagieren. Heute gibt es tatsächlich E-Bikes, die kaum schwerer als ein normales Velo sind. In diese kann eine Batterie eingesetzt werden oder auch nicht. Diese Wahl soll den einzelnen Nutzenden überlassen werden. Herr Briechle sagte, was mit den künftigen Velospot-E-Bikes alles geplant sei. Darüber bin ich sehr froh, denn davon weiss ich noch nichts. Es wurden auch noch keine E-Bikes bestellt. Natürlich wird immer wieder darüber diskutiert, wie E-Bikes überhaupt angeboten werden könnten. Es wurde aber noch kein Modellentscheid gefällt und schon gar keine Anschaffung getätigt. Ziel muss es sein, dass möglichst viele Menschen vom Auto aufs Velo umsteigen. Es stimmt, dass die Herstellung und die Entsorgung der Akkus nicht problemlos ist. Trotzdem ist der ökologische Aspekt immer noch besser als bei einem "Döschwo". Herr Briechle sprach die Themen Diebstahl und Vandalismus an. Das war bei der Einführung von Velospot die grosse Sorge. Es wurde gefragt, ob ein Veloverleihsystem funktionieren kann, dessen Velos nicht angekettet sind. Abgesehen von ein paar kurzen schwierigen Phasen kam es bisher aber kaum zu Diebstählen oder Vandalismus. Das würde sich mit einem anderen Fahrzeugtyp nicht gross ändern, weil die Akkus sich in der Regel nicht "im" Fahrzeug befänden. Herr Gugger, lassen Sie mich zum Einbezug der Familien etwas weiter ausholen. Damit beschrieb der Gemeinderat generell, für wen bestimmte Veloarten interessant sein können. Es gibt beispielsweise Eltern, die sich dank eines E-Bikes zum Velofahren motivieren lassen. Es war nicht gedacht, dass Kinder im Korb des Velospot-Velos mitgeführt werden. Das wäre ja sowieso verboten... Vielleicht fahren Teenager mit ihrer Freundin so herum, aber sicher nicht Familien mit Kindern!

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Herr Stadtpräsident, wenn Sie so liberal sind und die Kundschaft entscheiden lassen wollen, weshalb wollen Sie dann immer Parkplätze abbauen?

Briechle Dennis, GLP: Der Stadtpräsident hat mir vorgehalten, ich hätte irgendwelche seltsamen Geschäftsmodelle erfunden. Dabei habe ich nur wiedergegeben, was das Bieler Tagblatt am 17. Juli 2018 berichtete. Generell habe ich das Gefühl, das Bieler Tagblatt sei ein gutes Medium. Gerade diese Woche hat es mir viel Freude bereitet. Ich habe Vertrauen in dessen Berichterstattung. Der Stadtpräsident will der Kundschaft die Wahl lassen. Genau darum geht es ja. Die

BenutzerInnen von Velospot sollen die Wahl haben zwischen normalen Velos und E-Bikes. Genau das ist der Hintergedanke des vorliegenden Vorstosses, dass nicht alle Velos durch E-Bikes ersetzt werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Briechle, in der Politik gilt es, sich immer der eigenen Rolle bewusst zu sein. Der Stadtrat, der Gemeinderat und die Gerichte sind entsprechend ihrer Funktion erste, zweite und dritte Gewalt im Staat. Die Medien sind die vierte Gewalt. Sie sollen nicht nur Freude bereiten und über Themen berichten, die allen passen. Der Umgang mit den Medien sollte immer positiv sein. Ich sagte nicht, die Berichterstattung der Medien sei falsch. In Ihrem Vorstoss wurde sie aber so dargestellt, als ob es um städtische Entscheide ginge. Im fraglichen Artikel ging es um Überlegungen des Anbieters Velospot. Nicht alles, was dem Gemeinderat vorgeschlagen wird, wird auch umgesetzt. Eines finde ich aber wichtig: wenn es keinen Gewichtsunterschied mehr gibt zwischen "normalen" Velos und E-Bikes, kann ein E-Bike ohne Batterie wie ein "normales" Velo genutzt werden. Dann ergibt sich eine echte Wahlmöglichkeit. Sollten zwei verschiedene Velo-Typen angeboten werden, bestünde die Gefahr, dass für E-Bike-Kunden nicht genügend E-Bikes zur Verfügung gestellt werden könnten. Das wäre nicht sehr interessant. Deshalb entstand die Idee, Velos anzubieten, die mit oder ohne Batterie gefahren werden können.

Herr Fischer, ich sagte, die Kundschaft solle wählen können zwischen "normalen" Velos und E-Bikes. Würden keine Parkfelder aufgelöst, um darauf Veloabstellplätze zu installieren, könnte sie gar nicht wählen...

Abstimmung

- über den Antrag der PostulantInnen, das Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Somit folgt der Stadtrat dem Gemeinderat und schreibt das Postulat als erfüllt ab.

231. Dringliche Interpellation 20180223, Levin Koller und Muriel Günther, Fraktion SP/JUSO, «Wie viele gemeinnützige Wohnungen hat Biel?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Koller Levin, JUSO: Die InterpellantInnen sind sich bewusst, dass aufgrund der Dringlichkeit des Vorstosses nicht genügend Zeit für eine ausführliche Beantwortung blieb. Deshalb sind wir von der Beantwortung befriedigt und danken dem Gemeinderat dafür. Dank der Interpellation konnte aufgezeigt werden, wie es um den gemeinnützigen Wohnungsbau in Biel steht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen hat abgenommen und sinkt weiter. In den letzten Jahren wurde viel gebaut, aber kaum von Genossenschaften. Zudem geht aus der Antwort hervor, dass der Gemeinderat keine befriedigende Strategie zur Förderung des

gemeinnützigen Wohnungsbaus hat, um das Ziel von 20% gemeinnützigen Wohnungen am Gesamtwohnungsangebot zu erreichen. Das ist besorgniserregend. Grössere Quartiere wurden bereits aufgewertet und weitere sollen folgen. Zwar hält sich der Anstieg der Mieten aufgrund des Wohnungsüberangebots noch in Grenzen, aber sobald es der Markt erlaubt, werden Immobilienbesitzer die Mieten weiter erhöhen, um auf Kosten der Mieterschaft eine höhere Rendite aus ihren Immobilien herauszuholen. Gehörten die Wohnungen stattdessen gemeinnützigen Wohnbauträgern, stiegen die Mieten auch nach Quartieraufwertungen nicht an, da gemeinnützige Wohnbauträger die Wohnungen zur Kostenmiete anbieten und nicht auf Renditen angewiesen sind. Im Hinblick auf die bevorstehenden Quartieraufwertungen und Verkehrsberuhigungen braucht es jetzt eine klare Trendwende. Der Gemeinderat muss eine Strategie erarbeiten, um dem gemeinnützigen Wohnungsbau zu einem Aufschwung zu verhelfen:

1. Sollte die Stadt Bauland im Baurecht an Genossenschaften abgeben statt es an gewinnorientierte Investoren zu verkaufen.
2. Sollte sie gemeinnützige Wohnbauträger prioritär behandeln und den Fokus auf gemeinnützige Projekte legen.
3. Sollte sie selber aktiv werden und in gemeinnützige Wohnbauprojekte investieren, wie dies andere Städte bereits erfolgreich tun: Wien zum Beispiel baute in grossem Stil Wohnungen. Als Folge ist Wien eine der wenigen Hauptstädte Europas mit bezahlbaren Mieten.

Städtischer Wohnungsbau ist ein Erfolgsmodell! Es wäre an der Zeit, dass auch Biel dieses Erfolgsmodell anwendete.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Das Ziel, den gemeinnützigen Wohnungsbau in Biel zu stärken, ist unbestritten. Der Stadtrat hat vor drei Jahren das Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (RFGW; SGR 854.1) verabschiedet. Nun behauptet Herr Koller heute Abend bereits zum zweiten Mal, der Gemeinderat habe keine befriedigende Strategie dazu. Es ist aber so, dass in den letzten Jahren kaum interessierte Wohnbaugenossenschaften an den Gemeinderat gelangten. Zudem gibt es praktisch keine von Wohnbaugenossenschaften vorgeschlagene Projekte, die zurückgewiesen wurden zumal die Stadt kaum Land für privaten Wohnungsbau abgegeben hat. Eine Ausnahme bildet die Überbauung «Jardin du paradis» der Previs, die auf Land, welches früher der Stadt gehörte, errichtet wurde. Previs erhielt das Grundstück über einen Landabtausch. Nur dank diesem konnten die Swatch Group ihre neuen Produktionsgebäude und die Stadt die Schüssinsel realisieren. Letztere ist ein absolut toller Naherholungsraum. Es handelte sich also um eine Win-Win-Situation. Wäre der erwähnte Landabtausch nicht zustande gekommen, hätte die Previs dort gebaut, wo heute die Swatch steht. Damit hätte aber die Schüssinsel nicht realisiert werden und die Swatch Group sich nicht ausbreiten können.

Seit rund einem Jahr tauschen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe gemeinnütziger Wohnungsbau (AGGW) regelmässig aus um vorwärts zu kommen. Nächstes Jahr wird der Stadtrat über die Gurzelen diskutieren können. Heute ist bereits klar, dass in diesem Gebiet prioritär Wohnbaugenossenschaften berücksichtigt werden. Wenn aber von den Wohnbaugenossenschaften keine Projekte eingereicht werden und Private grössere Überbauungen realisieren wollen, sinkt statistisch gesehen der Anteil an Genossenschaftswohnungen. Ich glaube aber, dass die Bieler

Wohnbaugenossenschaften momentan einer neuen Dynamik unterliegen. Natürlich braucht es aber einen gewissen Vorlauf, bis Projekte genehmigungsfähig sind und realisiert werden können. Noch etwas zur Preisgestaltung: die Mieten für neue Genossenschaftswohnungen sind kaum günstiger als solche von privaten Neuwohnungen. Die Baukosten fallen für alle gleich hoch aus. Eine preisdämpfende Wirkung ergibt sich erst mit der Zeit, weil die Kostensteigerung nicht gleich vollzogen wird. Trotzdem helfen Wohnbaugenossenschaften langfristig, den Anstieg der Mietkosten zu dämpfen.

Grupp Christoph, Grüne: Das letzte Votum des Stadtpräsidenten ist aus meiner Sicht nicht ganz korrekt. Wohnbaugenossenschaften dürfen keinesfalls gleich hohe Mieten verlangen wie private Vermieter. Gemäss einer Regelung des Bundesamts für Wohnungswesen haben sie die Auflage, günstigen Wohnraum anzubieten und die Rendite tiefer anzusetzen. Würden Wohnbaugenossenschaften gleich hohe Mieten verlangen wie private Investoren, würden sie somit nicht gesetzeskonform handeln.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte nun kein Wohnbauseminar abhalten. Aber Herr Grupp hat insofern Recht, als dass Wohnbaugenossenschaften auch beim Vermieten von Neubauten keinen Gewinn erzielen dürfen. Aber auch private Vermieter können bei Neubauten vielfach noch keine hohen Margen erzielen. Anfangs sind die Differenzen zwischen den Mieten von Wohnbaugenossenschaften und Privaten marginal. Der grosse Unterschied zeigt sich erst mit der Zeit. Wie Herr Koller sagte, soll der Preisanstieg gedämpft werden, was nur langfristig möglich ist. Die Erstellungskosten für ein Gebäude sind jedoch dieselben.

232. Dringliche Interpellation 20180222, Pascal Bord, PRR, «Wie setzt sich die Stadt Biel nach dem Weggang von Moutier für die Interessen der Bielerinnen und Bieler ein?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Bord Pascal, PRR: Le PRR remercie le Conseil municipal de sa réponse. Les irrégularités avérées du scrutin sur l'auto-détermination de la Ville de Moutier vont certainement temporiser les décisions relatives à la réorganisation de l'appareil cantonal au service des francophones de notre Canton. Tout de même, certains dossiers vont avancer et il est totalement inacceptable que le Canton ne consulte pas la Ville de Bienne, ni le Conseil des affaires francophones (CAF), dans un sujet central pour la population biennoise. En effet, pour le Canton c'est plus simple de régler le problème de la formation pour les alémaniques d'un côté et pour les francophones de l'autre mais, cela signifie que le besoin spécifique des biennoises et biennoises est totalement ignoré. Le PRR s'interroge donc si le soutien au bilinguisme par le Canton n'est pas que de la poudre aux yeux ou si vraiment il reconnaît la nécessité de la formation bilingue par immersion, telle que nous l'avons dans notre Ville. Si un francophone veut travailler en Ville de Bienne, il doit parler aussi l'allemand. La maîtrise de l'autre langue n'est pas seulement un plus, comme c'est le cas pour les alémaniques, mais une condition sine qua non pour trouver un

poste de travail. Des cycles de formation à Bienne par immersion ne sont pas un luxe mais une nécessité absolue. Il est indispensable que la Ville soit plus active et revendicative sur le dossier pour défendre les intérêts légitimes des biennois et biennoises. Le Jura bernois n'hésite pas à faire entendre sa voix pour défendre ses besoins. Le Conseil municipal n'aurait rien à perdre à être plus insistant envers le Canton. Le Canton serait bien inspiré de prendre le temps de trouver une bonne solution en incluant les partenaires concernés, dès que possible et spécialement la Ville de Bienne. Je suis satisfait de la réponse, mais j'attends plus qu'une neutralité active du Conseil municipal sur ce dossier.

Fehr Erich, Maire: Monsieur Bord ce n'est pas de la neutralité active que le Conseil municipal développe dans ce dossier. Cette neutralité active est uniquement par rapport à la question jurassienne. Dans le dossier du bilinguisme, nous sommes beaucoup plus fermes que ce que vous avez dit à la fin de votre discours. Je ne peux donc pas adhérer à votre conclusion. Le Conseil municipal, moi-même et surtout le Directeur de la formation, de la culture et du sport sont engagés dans ce dossier et ceci avec le CAF et la Délégation biennoise aux affaires jurassiennes (DBAJ), dont vous êtes membre et encore avec d'autres institutions. Il n'y a aucun doute sur la nécessité de cet engagement. Il faut aussi, comme vous l'avez mentionné à juste titre, partir de l'idée que le rapport Grisel (le Gouvernement bernois avait chargé l'ancien responsable de la promotion économique du Canton de Berne, Denis Grisel, de développer des scénarios correspondants) va se faire attendre suite à la décision de la Préfète du Jura bernois, qui est connue depuis dix jours. La partie de la délocalisation, ailleurs dans le Jura bernois, des services administratifs de Moutier, avec des impacts que l'on pourrait s'imaginer sur la Ville de Bienne, ne seront ni pour demain ou après-demain. En outre, les autorités prévôtoises viennent de décider d'aller au tribunal. Ce qui pourrait par contre arriver est que certaines questions des cycles de formation soient traitées séparément et de manière anticipée, alors que l'on pensait qu'ils seraient traités en même temps que la question des administrations. C'est pour cela que le Conseil municipal est actuellement très attentif aux questions de formation, dont je vais parler.

Votre critique concernant les décisions prises par le Canton concernant les francophones du Nord du Canton, sans associer la Ville de Bienne, est tout à fait correcte et partagée par le Conseil municipal. Il n'est non plus imaginable que des biennois et biennoises doivent se déplacer au Jura bernois pour certains services. En effet, on peut trouver à Bienne plusieurs couples bilingues et cela n'aurait pas de sens qu'un conjoint puisse traiter ses affaires à Bienne et l'autre au Jura bernois. C'est pour cela que les services doivent se trouver à Bienne et être bilingues. Il est par contre possible de s'imaginer que plusieurs services soient regroupés à un endroit, mais que des antennes soient créées dans le Jura bernois, à Evilard ou à Bienne. Ceci ne doit toutefois pas être fait pour des sites de formation, car ils sont très importants afin que les francophones se sentent à l'aise à Bienne. Il est clair qu'il faut trouver un certain nombre de solutions, mais elles doivent être équilibrées au cas où 7'500 romands et romandes devraient quitter le Canton de Berne. Toutefois, on ne peut pas affaiblir le site biennois au profit de celui du Jura bernois, uniquement à cause de la perte de Moutier pour le Jura bernois. Il est aussi important, que le Conseil de ville ne défende pas uniquement l'offre de formation pour les romands à Bienne, mais aussi les offres bilingues qui sont très importantes. En effet, le territoire bilingue se trouve à Bienne et à Evilard et non dans le Jura bernois. Je tiens à

rappeler que le fait que Bienne n'ait pas été associée aux réflexions de Monsieur Grisel n'est pas correct. Lors d'une séance qui s'est tenue, il y a quelque mois, les cycles de formation ont été comparés au Centre d'expertises d'Orpond. Personnellement, je ne pense pas que l'on puisse faire cette comparaison.

Par contre, demain, un communiqué de presse va être publié par le CJB et le CAF relatif à deux rencontres qui se sont tenues dernièrement. Dans ce communiqué, vous pourrez trouver quelques principes sur lesquels des accords ont été trouvés pour la suite des discussions sur les sites de formation. Les places administratives sont vraiment un peu moins importantes puisque la décision de la Préfète est entre-temps connue. Le principe est qu'il ne faut pas renforcer le Jura bernois au détriment de Bienne ou l'inverse, mais qu'il faut trouver des solutions afin d'être partenaire à niveau égal avec le Canton. Le Conseil municipal ne souhaite en aucun cas que le Canton procède à des délibérations individuelles avec le Jura bernois et ensuite avec Bienne, afin de pouvoir garder le pouvoir total. Il est important que le Jura bernois, le Canton et Bienne se rencontre ensemble afin de pouvoir trouver un juste équilibre et là, il ne s'agit pas de neutralité active mais du combat du Conseil municipal pour Bienne et surtout pour les romands et romandes de Bienne.

233. Dringliche Interpellation 20180221, Mohamed Hamdaoui, Fraktion PSR, «"Texas" oder "OK Corral"?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Hamdaoui Mohamed, Hors parti: Je suis satisfait de la réponse du Conseil municipal. Par contre, je ne peux pas être du tout satisfait par la situation actuelle. Je reconnais qu'en matière artistique, je suis vibrant d'incompétences donc je ne vais pas me prononcer sur la pertinence de ce projet. Toutefois, je pense que, comme beaucoup de biennois et biennoises, j'ai le sentiment que c'est un fiasco. Par contre, j'ai envie de tourner la page car parfois, dans la vie, c'est cela qui fait du bien.

234. Dringliche Interpellation 20180254, Lena Frank, Grüne, «Mehrweggeschirr – wann wird die Verordnung endlich angewendet?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Die Interpellantin ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Frank Lena, Grüne: Würde an Veranstaltungen das Geschirr so oft wiederverwendet, wie der Stadtrat bereits darüber diskutiert hat, wäre die Stadt bereits ein gutes Stück weiter... Die vorliegende Interpellation reichte ich ein, nachdem ich mich im vergangenen Sommer darüber ärgerte, dass an der Braderie erneut kein Mehrweggeschirr verwendet wurde. Die Beantwortung ärgerte mich fast

noch mehr. Insbesondere die Antwort auf die Frage, ob bereits Veranstaltende gebüsst wurden, trieb mir die Zornesröte ins Gesicht. Offensichtlich ist es so: Das Organisationskomitee (OK) der Braderie schickte der Stadt am ersten Tag der Veranstaltung ein eingeschriebenes Gesuch für eine Ausnahmegewilligung. Logischerweise konnte dieses erst am darauffolgenden Montag behandelt werden, als die Braderie längst beendet war! Das OK war so aus dem Schneider und konnte munter Einweggeschirr einsetzen. Zwar büsste die Stadt die Veranstaltenden, die Busse wurde aber von der Staatsanwaltschaft wieder aufgehoben, weil das Gesuch noch pünktlich eingereicht worden sei. Das konnte ich fast nicht glauben! Ich fragte beim Gemeinderat nach, ob das geschilderte Vorgehen tatsächlich korrekt war. Das würde nämlich bedeuten, dass sich Veranstaltende von der seit Langem im Ortspolizeireglement (SGR 552.1) festgehaltenen Mehrwegpflicht drücken können, wenn sie am Tag der Veranstaltung ein Gesuch für eine Ausnahmegewilligung einreichen, dieses aber blöderweise erst nach Abschluss der Veranstaltung behandelt werden kann. Aus strafrechtlicher Sicht scheint das tatsächlich korrekt zu sein. Es sei an der Stadt Biel, die Bewilligungsverfahren künftig so vorzusehen, dass ein solches Vorgehen nicht mehr möglich ist! Das Thema Mehrweggeschirr beschäftigt den Stadtrat seit Langem. Deshalb reichte ich heute das Postulat 20180365 «Keine Schlupflöcher bei der Mehrwegpflicht» ein, das der Stadtrat vor der Pause dringlich erklärte. Dafür besten Dank. Ferner wollte ich vom Gemeinderat wissen, ob er mit dem OK der Braderie im Gespräch ist, um das nächste Jahr zu vermeiden. Das scheint der Fall zu sein. In seiner Beantwortung zur Frage, ob die zuständige Direktion in Aussicht nehme, die nächste Braderie nicht mehr zu bewilligen, falls sich das OK weigert, den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen, schreibt der Gemeinderat: *"Ist absehbar, dass eine Veranstalterin oder ein Veranstalter die Vorschriften und Auflagen nicht einhält, ist es möglich, die Veranstaltung nicht zu bewilligen."* Dazu möchte ich gerne wissen, wie der Gemeinderat im Vorfeld einer Veranstaltung den Willen der Veranstaltenden zur Umsetzung der Mehrwegpflicht erkennen will... Deshalb ist es nötig, mit den Veranstaltenden im Gespräch zu bleiben und sich nochmals Gedanken zum Bewilligungsverfahren und der Umsetzung der Mehrwegpflicht zu machen. Im vorliegenden Fall konnte der erwähnte Wille offenbar im Voraus nicht erkannt werden... Ich hoffe, dass ich mich im nächsten Sommer einmal weniger ärgern muss. So sehr ich die Findigkeit des Braderie-OKs bewundere, dieses Schlupfloch gefunden zu haben, finde ich es trotzdem unfair gegenüber anderen Veranstaltenden, die sich am gleichen Datum an die Mehrwegpflicht hielten und Wege zu deren Umsetzung fanden. Ich bin weder von der Situation noch von der Beantwortung des Gemeinderats befriedigt.

Kaufmann Stefan, FDP: Ich möchte wissen, wer in Biel die Braderie verbieten wollte... Auch die Schlagzeile «Grüne verhindern die Braderie» dürfte nicht sehr imagefördernd sein. Während meiner ganzen Zeit als Stadtratsmitglied habe ich mich immer davor gehütet, Erwachsenen Ratschläge zu erteilen. Heute weiche ich von diesem Prinzip ab. Ich habe einen tollen Vorschlag für die Grünen: offenbar ist das OK der Braderie in ihren Augen unfähig und will die Mehrwegpflicht nicht umsetzen. Frau Frank, wie wäre es, wenn die Grünen ein entsprechendes Konzept vorlegen und umsetzen würden, ja gar das Geschirr holen und bringen und beweisen würden, dass dieses Konzept funktioniert? Sicherlich gibt es auch bei der JUSO und anderen linken Parteien Mitglieder, die mithelfen würden. Wenn Sie das schaffen, verbeuge ich mich tief! Wenn Sie es nicht schaffen, ist der vorliegende Vorstoss in meinen Augen eine "Politzwängerei".

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Auch der Gemeinderat ist mit der Situation unzufrieden. Es ist klar, dass eine vom Stadtrat verabschiedete Rechtsgrundlage verbindlich ist und eingehalten werden muss. Der Gemeinderat hat keinen Handlungsspielraum. Die Anregung von Herrn Kaufmann deckt sich mit der Einschätzung des OKs, dass eine Umsetzung fast unmöglich sei. Wenn nun jemand ein funktionierendes Konzept vorlegen könnte, wäre das sicher nicht schlecht. Die Einschätzung des OKs ändert aber nichts daran, dass die Mehrwegpflicht einzuhalten ist. Dem Gemeinderat ist bekannt, dass das OK nicht einmal versuchte, Mehrweggeschirr einzuführen. Damit die Mehrwegpflicht in Zukunft eingehalten wird, will der Gemeinderat die Verwendung von Mehrweggeschirr nun frühzeitig sicherstellen. Deshalb verlangt er künftig für die Bewilligung einer Veranstaltung einen unterschriebenen Vertrag mit einem Mehrweggeschirr-Anbieter. Wird kein solcher vorgelegt, stellt sich die Frage, ob die Stadt die Veranstaltung weiterhin bewilligen kann. So gerne der Gemeinderat die Braderie hat, ist das Verweigern der Bewilligung eine in Betracht zu ziehende Option. Allenfalls könnte die Bewilligung auch an weitere Bedingungen geknüpft werden, damit das Einhalten der Mehrwegpflicht sichergestellt werden kann. Damit habe ich bereits einen Teil des heute von Frau Frank eingereichten Postulats beantwortet. Die Stadt ist einen Schritt weiter. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass auch die Staatsanwaltschaft in Zukunft anders entscheiden wird, denn mittlerweile ist die städtische Rechtsgrundlage für die Verwendung von Mehrweggeschirr allgemein bekannt. Die Übergangsfrist ist abgelaufen. Damit können Veranstaltende nicht mehr behaupten, sie hätten nichts davon gewusst oder die Mehrwegpflicht könne nicht eingehalten werden, weil sie zu spät davon erfahren hätten.

Cadetg Leonhard, FDP: Der Gemeinderat hat gar keine Wahl. Wenn er feststellt, dass an der Braderie kein Mehrweggeschirr verwendet wird, muss er die Braderie verbieten! Das ist eine Konsequenz der vom Stadtrat verabschiedeten Bestimmung, auch wenn dies nicht dem Willen der Bürgerlichen entspricht. Es geht nicht an, dass der Stadtrat etwas beschliesst und der Gemeinderat etwas anderes umsetzt. Wenn im Stadtrat eine Mehrheit gewillt war, die Braderie zu verhindern, soll diese auch nicht stattfinden. Das fände ich zwar einen Hohn, aber wenn die Regelung in Bezug auf das Mehrweggeschirr diese Konsequenz vorsieht, erwarte ich vom Gemeinderat, dass er diese unabhängig von den politischen Folgen vollzieht.

Wiher Max, GLP: Ich finde das Votum von Herrn Cadetg eine gar arge Schwarz-Weiss-Malerei. Ich kenne viele Veranstaltungen mit über 100'000 Besuchenden, die mit Mehrweggeschirr klarkommen. Nun soll mir niemand erzählen, dass es für das Braderie-OK nicht möglich sei, das Gleiche zu tun. Das ist nichts Spezielles. Es braucht kein Management, das ein solches Konzept erarbeitet. Es braucht nur einen Griff zum Telefonhörer, um zu organisieren!

Grupp Christoph, Grüne: Ich möchte das Votum meines Vorredners noch etwas ausführen. Es gibt viele gute Beispiele von Festivals mit über 100'000 Besuchenden, an welchen Mehrweggeschirr problemlos verwendet wird. Ich erinnere beispielsweise an das Buskers in Bern oder das Gurtenfestival. Die Behauptung der Braderieverantwortlichen, die Braderie sei wegen des Mehrweggeschirrs gefährdet, ist schlicht falsch und entspricht einer Verweigerungshaltung. Ich bin froh um das Votum von Herrn Cadetg. Ich weiss, dass viele BielerInnen die Braderie schätzen. Ich will ihnen dieses Fest nicht verunmöglichen. Das OK kann aber nicht behaupten, mit

der Forderung nach Mehrweggeschirr werde die Braderie verunmöglicht. Es liegt nicht an den Grünen, entsprechende Konzepte auszuarbeiten. So besserwisserisch sind wir nicht. Aber der Markt, der gerade von Herrn Cadetg ja immer wieder gerne erwähnt wird, bietet entsprechende Möglichkeiten.

Gugger Reto, BDP: Die Stadt Biel hat eine Rechtssammlung. Darin findet sich die Verordnung über den Vollzug des Ortspolizeireglements. Deren Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe c regelt: *"Es gilt von Gesetzes wegen die Auflage, dass der Veranstalter / die Veranstalterin auf eigene Kosten den durch die Einweggebinde verursachten Abfall und die Verschmutzung beseitigt. Kommt er oder sie dieser Pflicht nicht nach, nimmt die Stadt die Massnahmen auf Kosten der Veranstalterin/des Veranstalters vor."* Werden der Braderie die Reinigungskosten weiterverrechnet? Wenn ich für eine politische Aktion einen Stand auf dem Zentralplatz betreibe, muss ich anschliessend jedes Zettelchen zusammenklauben und darf nichts liegenlassen. Andernfalls riskiere ich eine Busse. Wird bei der Braderie und ähnlichen Anlässen mit der gleichen Elle gemessen?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Offenbar habe ich mich vorgängig etwas zu wenig klar ausgedrückt. Für den Gemeinderat ist die bisherige Situation nicht haltbar. Er ergriff die von mir erwähnten Massnahmen, insbesondere verfügte er eine Auflage, gemäss welcher für die Bewilligung des Anlasses ein Vertrag mit einem Mehrweggeschirranbietenden vorliegen muss. Sollte diese Massnahme nicht greifen, muss der Gemeinderat prüfen, ob die Bewilligung erteilt werden kann oder ob weitere Massnahmen nötig sind. Sollte keine Massnahme den gewünschten Erfolg bringen ist klar, dass die Bewilligung nicht erteilt werden kann. Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn der Gemeinderat eine Sicherheit dafür hat, dass die Mehrwegpflicht umgesetzt wird. Es ist nicht ganz einfach, die Reinigungskosten zu berechnen, Herr Gugger. Deshalb hat sich der Gemeinderat entschieden, auch diese Frage künftig bereits mit der Bewilligung zu regeln. Das Problem wird sich also nicht mehr im Nachhinein stellen, sondern im Voraus gelöst. Auch da gilt aber, dass die Bewilligung nicht erteilt wird, wenn vorgängig keine Einigung über die Reinigungskosten erzielt werden kann.

235. Dringliche Interpellation 20180255, Lena Frank, Grüne, «Verkehrssituation am Big Bang»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 13)

Die Interpellantin ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Frank Lena, Grüne: Mir geht es nicht darum, den Big Bang zu verhindern, aber ich will etwas gegen das durch diesen ausgelöste Verkehrschaos tun. Mit diesem Vorstoss kommen wir zum zweiten Ärgernis, das sich jeden Sommer wiederholt. Auch vorliegend bin ich von der Beantwortung nicht befriedigt. Das Bild, das sich in der Seevorstadt alljährlich zeigt, ist inakzeptabel. Die Seevorstadt wird zuparkiert, ein Durchkommen mit Kinderwagen oder Rollstühlen wird teilweise verunmöglicht. Das Elfenauquartier wird vom Verkehr überrollt, parkiert wird an allen möglichen und unmöglichen Stellen, so zum Beispiel zwischen den Allee-bäumen der Seevorstadt. In seiner Beantwortung weist der Gemeinderat darauf hin, dass als oberste Leitlinie für

die jeweiligen Konzepte die Sicherheit aller Beteiligten gelte. Auch wenn dem so ist, reichen die getroffenen Massnahmen offensichtlich nicht aus. Gerade rund um den See und im Elfenauquartier ist die Sicherheit aus meiner Sicht während dem Big Bang nicht für alle gewährleistet. Deshalb stellte ich dem zuständigen Gemeinderat die Frage, was er zu unternehmen gedenkt, um die Sicherheit zu gewährleisten und das Verkehrschaos rund um den Big Bang zu verhindern oder zumindest die Situation künftig zu verbessern. Die Antwort fiel ziemlich knapp aus: der beanstandete Zustand dauere gemessen an der Besucherzahl nur kurz und die Stadt treffe jeweils bereits alle möglichen und verhältnismässigen Massnahmen. Das finde ich ein etwas zu einfache Antwort. Auf meine Interpellation erhielt ich etliche Reaktionen aus der Bevölkerung. Offenbar ist die Situation für viele Personen und gerade auch für die Anwohnerschaft ein Thema. Das Quartier ist am Big Bang stark mit Suchverkehr belastet und die Anwohnerschaft muss sich auf dem Heimweg an den vielen parkierten Autos vorbeischlängeln. Der Suchverkehr im Quartier und das wilde Parkieren sind jenseits von Gut und Böse! Ich behalte mir vor, noch einen weiteren Vorstoss nachzureichen. Ich hoffe, dass der Gemeinderat die Gelegenheit des Big Bang nutzt, um die budgetierten Busseneinnahmen hereinzuholen. Vor allem aber hoffe ich, dass der Gemeinderat endlich etwas unternimmt, um das Verkehrschaos rund um den Big Bang in Zukunft zu verhindern.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Für einmal habe ich keine Frage an den Gemeinderat, sondern an Frau Frank: Was ist der Unterschied zwischen einem Verkehrschaos am Big Bang und einem an Demonstrationen des Komitees "Westast so nicht!"? Bei beiden werden auch Personen gefährdet...

Frank Lena, Grüne: Ich erinnere Herrn Fischer gerne an die Meinungsfreiheit und die Ausübung der demokratischen Rechte, die gerade die Mitglieder der SVP und der Eidgenossen sehr hoch halten. Mit einer Demonstration werden genau diese Rechte ausgeübt. Das Verkehrschaos am Big Bang, das vor allem aus wild parkierten Autos hervorgeht, ist aus meiner Sicht das Gegenteil davon. Es ist ein Verstoss gegen das Parkierungsreglement und das Verkehrsgesetz. Es handelt sich somit nicht um das gleiche Verkehrschaos.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Die Anliegen von Frau Frank verstehe ich sehr gut. Es ist tatsächlich so, dass am Big Bang überall Autos parkieren. Es gibt Strassen, in welchen sogar die Durchfahrt für Blaulichtorganisationen blockiert wird. Dazu gibt es klare Regelungen und der Gemeinderat hat entsprechende Massnahmen ergriffen. Der Big Bang ist gemessen an der Besucherzahl das grösste Bieler Fest. Es ist deshalb schwierig, vom städtischen Sicherheitspersonal, das an diesem Anlass übrigens ausnahmslos im Einsatz steht, Wunder zu erwarten. In der Beantwortung sind die bereits ergriffenen Massnahmen beschrieben. Mehr vorzusehen ist schwierig. Was die Bussen anbelangt, muss ich Frau Frank auch enttäuschen: das städtische Sicherheitspersonal regelt an diesem Abend den Verkehr und die Besucherströme und gewährleistet die Sicherheit. Mit Ausnahme ganz weniger Vorfälle ist die Sicherheit am Big Bang erstaunlich hoch. Das hat auch damit zu tun, dass alle verfügbaren Angestellten im Einsatz stehen und jeweils auch freiwillige Helfende rekrutiert werden. Die Möglichkeiten der Stadt sind einfach limitiert. So gerne ich eine andere Antwort geben würde: der Gemeinderat hat keine weiteren Möglichkeiten! Er

bleibt aber gerne im Austausch mit Frau Frank, vielleicht hat sie auch noch die eine oder andere gute Idee...

236. Überparteiliches Postulat 20180122, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, Miro Meyer, JUSO, «Kriterien zur Förderung des Gemeinwohls in Ausschreibungen integrieren»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 14)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Koller Levin, JUSO: Die PostulantInnen danken dem Gemeinderat für seine Beantwortung. Es freut uns, dass der Gemeinderat unsere Anliegen teilt. Allerdings sind wir mit seiner Schlussfolgerung, die Hauptforderungen des Postulats seien umgesetzt, überhaupt nicht einverstanden. Das Postulat fordert, dass bei Ausschreibungen Kriterien zur Förderung des Gemeinwohls einbezogen werden, namentlich je ein Kriterium zu sozialen Aktivitäten, zur ökologischen Verantwortung und zur demokratischen Mitbestimmung. Nun habe ich auf SIMAP die zuletzt verwendeten Zuschlagskriterien der Stadt überprüft. Bei den letzten fünf Ausschreibungen waren dies Preis, Funktionalität, Bedienfreundlichkeit, Sicherheit, Angebotspräsentation, Referenzen, Bauprogramm, Qualifikation des Personals, Dauer der Arbeiten etc. Zwar möchte ich nicht behaupten, diese Kriterien seien nicht sinnvoll. Aber darunter findet sich kein einziges Kriterium zu den sozialen Aktivitäten, der ökologischen Verantwortung oder der demokratischen Mitbestimmung. Es ist mir absolut schleierhaft, weshalb der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. Das Anliegen ist überhaupt nicht erfüllt. **Die PostulantInnen beantragen deshalb, das Postulat nicht abzuschreiben.**

Heiniger Peter, PdA: In der Beantwortung steht: *"[...] dass zum Beispiel eine Firma automatisch vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sie einen Gesamtarbeitsvertrag nicht einhält."* Diese kann-Formulierung finde ich inakzeptabel. Wird ein unterschriebener, gesetzesgültiger Gesamtarbeitsvertrag nicht eingehalten, sind auch von der Stadt Sanktionen zu ergreifen. Ausserdem kann die Behörde gemäss Beantwortung schon jetzt *"solche Kriterien vorsehen, muss aber klare und mit dem entsprechenden Markt zusammenhängende Ziele und Gründe"* formulieren. Das bedeutet wohl, dass die im Postulat aufgeführten Forderungen für einzelne Branchen nicht vollumfänglich zählen. Was soll das heissen? Ich finde die Beantwortung überhaupt nicht befriedigend und unterstütze den Antrag der PostulantInnen.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés considère que ce postulat va à l'encontre des entreprises. Les conventions collectives de travail (CCT) demandent déjà beaucoup d'efforts aux entreprises. Il existe déjà assez de moyens, aujourd'hui, avec les CCT pour régler ces problèmes. Ce postulat ne va pas faire avancer les choses mais au contraire les faire reculer et de ce fait, il entraîne une perte de temps dans l'avancement des affaires du Conseil de ville. Notre groupe ainsi que la Commission de gestion

recommandent de suivre la proposition du Conseil municipal d'adopter le postulat et de le radier du rôle comme étant réalisé.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Beim Votum von Herrn Heiniger handelt es sich um Wortklauberei. Es ist klar, dass eine Firma, die den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) nicht einhält, vom Verfahren ausgeschlossen wird. Wer sich nicht an einen GAV hält, bekommt auch in anderer Hinsicht Probleme. Ein GAV ist einzuhalten. Andernfalls kommen sofort die Gewerkschaften und sorgen für Ordnung. Damit wir uns richtig verstehen: Mit diesem Vorgehen bin ich einverstanden. Es ist also nichts zu befürchten. Die weiteren Anliegen des Postulats, beispielsweise bezüglich demokratischer Mitwirkung, finde ich schwierig umsetzbar. Unternehmen, die solche Kriterien erfüllen, müssen zuerst gefunden werden. Die Unternehmen halten sich an das Obligationenrecht (SR 220) und dieses sieht keine entsprechenden Regelungen vor. Die Sowjetisierung der Schweiz ist gottseidank noch nicht so weit fortgeschritten! Wir leben in einer freiheitlichen, liberalen Gesellschaft und Wirtschaft. Deshalb geht es den Menschen in der Schweiz so gut. Ich bitte Sie, mit diesem Quatsch aufzuhören. Die Fraktion FDP empfiehlt, dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Herr Leuenberger, wenn Sie unser Postulat lesen, sehen Sie, dass die von uns geforderten Kriterien mit einer Gewichtung von 5% in die Submission einbezogen werden sollen. Es können also nach wie vor alle Unternehmen mitmachen. Vermutlich bleibt der Preis das dominante Auswahlkriterium. Sollten mehrere Bewerber sehr nahe beieinander liegen, kommen die von uns geforderten Kriterien zum Tragen. Ich hätte mir sogar noch mehr gewünscht, als das Postulat fordert, aber es geht in die richtige Richtung. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt die Forderungen des Postulats. Soziale und ökologische Faktoren sowie die Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung der Mitarbeitenden sind ihr wichtig und sollten bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wie bereits Herr Koller erläutert hat, werden solche Kriterien im Moment nicht angewandt. Es ist deshalb falsch, wenn der Gemeinderat schreibt, diese Anliegen seien bereits umgesetzt. Deshalb wird die Fraktion SP/JUSO den PostulantInnen folgen und gegen die Abschreibung des Postulats stimmen.

Scheuss Urs, Grüne: Ich glaube, es ist nicht allen bewusst, worum es vorliegend eigentlich geht. Grundsätzlich geht es um das öffentliche Beschaffungswesen. Durch dieses hat die öffentliche Hand die Möglichkeit, auf anderem Weg als über Regulierungen Einfluss zu nehmen. Sie tritt als Akteurin auf dem Markt auf. Dabei kann sie auf marktwirtschaftlichem Weg versuchen, nachhaltige Fortschritte zum Beispiel in ökologischer oder sozialer Hinsicht anzustossen. In seiner Beantwortung nennt der Gemeinderat als Beispiel die Initiative für eine gesunde Ernährung. Es kann doch nicht sein, dass für alles immer wieder ein neues Reglement geschaffen werden muss! Das weiss der Gemeinderat selber. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat eine nachhaltige Politik verfolgt. Das soll er auch tun, wenn er sich auf dem Markt als Kunde bewegt.

Suter Daniel, PRR: La législation sur le marché public est extrêmement structurée et très claire. Tout le monde doit se tenir à cette législation dont le but est que les acteurs soient considérés au même niveau et de manière transparente et claire, sur

la base de critères pertinents par rapport à la prestation qu'ils doivent fournir. À partir de là, les collectivités qui acquiert un bien ou un service sont liées à cette législation et ils ne peuvent pas inventer, de leur côté, de nouveaux critères. Avant les critères d'adjudications cités par Monsieur Koller, il y a des critères d'aptitudes, comme par exemple la formation d'apprentis. Ces critères d'aptitudes doivent être remplis par les entreprises afin de pouvoir participer à la procédure de marché public. Vos revendications de participation démocratique ainsi que votre révolution socialiste ne peuvent pas être faites dans les procédures de marchés publics de la Ville de Bienne. Je vous prie, à titre personnel, de suivre la proposition du Conseil municipal.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte den Herren Leuenberger, Heiniger und Suter für die Frischzellenkur danken. Warum Frischzellenkur? Ich wurde dieses Jahr 50-jährig. Wenn ich Ihnen zuhörte, fühlte ich mich ungefähr in das Jahr 1985 zurückversetzt. Damals wurde in der Politik ähnlich diskutiert, es fehlte nur noch der abschliessende Spruch: *"Moskau einfach"*. Doch Spass beiseite... Der Gemeinderat hat viel Verständnis für die Anliegen des vorliegenden Postulats. Herrn Suters rechtlicher Diskurs über die Zuschlags- und Eignungskriterien zeigte auch die Grenzen auf. Die geforderten Kriterien lassen sich nicht für alle Beschaffungen ohne Weiteres anwenden. Es nützt nichts, Kriterien festzulegen, die für spezifische Beschaffungen nicht passen und damit langwierige Beschwerdeverfahren provozieren. Herr Koller prüfte offenbar fünf Ausschreibungen. Es mag sein, dass diese kaum Kriterien enthielten, wie sie das Postulat fordert, denn es gibt durchaus Beschaffungen, bei welchen sich diese nicht eignen. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass sie wo immer möglich angewandt werden sollen. Die Prozesse für öffentliche Ausschreibungen entwickeln sich immer weiter. Deshalb beantragt der Gemeinderat, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. Bei den Anliegen handelt es sich um eine Daueraufgabe. Der Gemeinderat ist daran, die Begleitung und Überwachung des Beschaffungswesens neu zu organisieren. Dabei werden Verbesserungen im Sinne des Postulats geprüft. Herr Rochat, es stimmt nicht zwangsläufig, dass solche Kriterien nur eine Belastung für Unternehmen sind. Es gibt durchaus Firmen, die ökologische und gemeinwohlorientierte Aspekte als Verkaufsargument einbringen. Es ist nicht so, dass bereits alles gut ist, wenn ein GAV vorhanden ist. Es kann durchaus ein Marktvorteil sein, eines der im Postulat geforderten Kriterien zu erfüllen. Aber wie gesagt, kommt es immer auf die Art der Beschaffung an, ob sich solche Kriterien eignen. Ich danke dem Stadtrat, wenn er dem Gemeinderat folgt.

Koller Levin, JUSO: Herr Fehr, ich habe nicht irgendwelche Ausschreibungen geprüft, sondern die fünf letzten. Mich würde interessieren, in welchen Fällen die geforderten Kriterien angewandt wurden. Ich habe keinen gefunden. Zudem wollen die Bürgerlichen anscheinend, dass Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen beliebig verschlechtern können und keine Rücksicht auf die Umwelt nehmen müssen. Das finde ich ungerecht. Deshalb sollten die im Postulat geforderten Kriterien angewandt werden.

Abstimmung

- über den Antrag der PostulantInnen, das Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Somit folgt der Stadtrat dem Gemeinderat, erklärt das Postulat als erheblich und schreibt es als erfüllt ab.

237. Interpellation 20180125, Max Wiher, GLP, «Anschaffung EWK-Produkt Nest und weitere Lösungen»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 15)

Der Interpellant ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Wiher Max, GLP: Im Normalfall bedanke ich mich an dieser Stelle für die Antwort des Gemeinderats. Im vorliegenden Fall sehe ich davon ab, weil meine Fragen nicht beantwortet wurden. Die offenen Punkte wurden deshalb dem Gemeinderat noch einmal per Email zugestellt. Daraufhin habe ich ein freundliches Antwortmail erhalten, aber meine Fragen blieben unbeantwortet. Für mich grenzt das an Arbeitsverweigerung! Ich stelle jetzt die vier offenen Fragen für das Protokoll nochmals und hoffe heute auf die eine oder andere Antwort:

1. Zur Frage 1a schreibt der Gemeinderat: *"Die Lösung von Nest wird im Funktionsumfang und der Softwarearchitektur als wesentlich besser, moderner, zukunftsorientierter und dynamischer eingeschätzt als diejenige der anderen Anbietenden wie beispielsweise Ruf."* Die Frage, durch wen dies geprüft und verifiziert wurde, bleibt offen. "Besser", "moderner", "zukunftsorientierter" und "dynamischer" sind sehr schwammige Begriffe!
2. Zur Frage 1c schreibt der Gemeinderat: *"Die fünf Vertriebspartnerinnen und Vertriebspartner von Nest sind vergleichbar und geographisch auf die Schweiz verteilt. Die Diskussion wurde mit der Firma Innosolv für den Teil «Weiterentwicklung der Lösung betreffend echter Zweisprachigkeit» geführt und mit der Firma Talus für den Teil «Migration und Dienstleistung»."* Damit weicht der Gemeinderat der eigentlichen Frage aus. Die Frage ist doch, weshalb nur Talus Informatik die Anforderungen erfüllen konnte. Wurden die anderen vier Vertriebspartner überhaupt angefragt? Falls nein, warum nicht? Zu dieser Frage hätte ich wirklich gerne eine Antwort, denn das ist die zentrale Frage der vorliegenden Interpellation!
3. Zur Frage 1d schreibt der Gemeinderat: *"Nur die Lösungen von Ruf und Nest sind in französischer sowie deutscher Sprache verfügbar. Sind diese in einer Sprache installiert, so kann diese nicht mehr umgestellt werden. Diese Lösungen sind somit nicht vollumfänglich zweisprachig."* Für einen Anbieter könnte es doch gerade interessant sein, eine Lösung anbieten zu können, welche es den Nutzenden erlaubt, zwischen den Sprachen hin und her zu wechseln, denn das wäre doch ein Marktvorteil. Nest wurde jedenfalls angefragt, diese Funktionalität in ihrer Software zu implementieren. Wurde Ruf auch angefragt? Wieviel günstiger oder teurer wäre die Lösung von Ruf gewesen?
4. Zur Frage 1e: Liegt der von der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBV, BSG 731.21) verlangte Bericht inzwischen vor?

Ich bin sehr gespannt auf die Antworten des Gemeinderats.

Steidle Silvia, Directrice des finances: Je vous remercie de réitérer vos questions Monsieur Wiher. Le Conseil municipal a mené de longs débats, il y a un mois, lors de la décision d'attribution du mandat pour l'acquisition du logiciel pour le nouveau système de contrôle des habitants. Je n'aimerais donc pas ouvrir à nouveau la discussion sur la procédure, qui a menée à l'attribution de ce mandat au prestataire, que le Conseil de ville a confirmée. La Ville de Berne a aussi décidé d'un prestataire, il y a quelques jours. La procédure de recours est actuellement en cours et elle est toujours possible, même lors d'une procédure ouverte. La publication de ce choix sera effectuée dans dix jours et une comparaison des prix entre la solution choisie par Bienne et celle de Berne sera possible. Je réitère donc mon invitation, Monsieur Wiher, à venir dans ma direction afin de discuter ensemble de ce cas. Il nous sera aussi possible de vous montrer et expliquer les critères qui ont porté, à Bienne et Berne, sur le choix d'un prestataire.

Wiher Max, GLP: Ich weiss nicht was ich machen soll, wenn der Stadtrat auf eine Interpellation nicht die gewünschten Antworten erhält. Diese Situation ist neu für mich. Nach zehn Jahren als Stadtratsmitglied erlebe ich das zum ersten Mal. Meine vier Fragen und vor allem diejenige nach den anderen vier vergleichbaren Mitbewerbern wurden wieder nicht beantwortet. Ich möchte nicht mit einer freundlichen Einladung abgespiesen werden. Auf die Frage, ob wirklich nur Talus Informatik die Anforderungen erfüllt, hätte ich gerne eine Antwort. Ist es so schwierig zu beantworten, ob nur ein Anbieter oder alle fünf angefragt wurden? Frau Steidle, haben Sie eine Firma oder weitere Firmen angefragt? Ich bitte Sie, diese Frage zu beantworten, danke.

Steidle Silvia, Directrice des finances: Cette réponse, Monsieur Wiher, je vous l'ai donnée et je vous la répète volontiers. La procédure choisie permettait à la Ville de Bienne d'approcher des entreprises, dans ce cas Innosolv AG et Talus Informatik AG, afin de mener des négociations et de rechercher des solutions adaptées. Suite à cela, un produit inexistant sur le marché a pu être choisi car les entreprises concernées étaient prêtes à le développer. Je répète encore une fois, que faire des demandes par le biais de questionnaires n'est pas possible, vu la complexité de ce projet et c'est la raison pour laquelle je vous ai répondu par e-mail.

238. Interpellation 20180126, Reto Gugger, BDP, «Optimierung der Arbeitsabläufe bei der Dienststelle "Einwohner- und Spezialdienste"»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 16)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Gugger Reto, BDP: Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung. Der Grund für meine Interpellation war, dass ein Bekannter von mir, der mit einer Ausländerin mit Ausländerausweis B verheiratet ist, grösste Mühe hatte, mit ihr in deren Heimatland zu reisen, um die Familie zu besuchen. Sie hatte keinen gültigen Ausweis mehr, weil die Aufenthaltsbewilligung abgelaufen war. In den vergangenen Jahren erhielt sie jeweils fristgerecht einen Brief mit der Aufforderung, die Aufenthaltsbewilligung zu verlängern. Dieses Jahr kam dieser Brief nicht. Als sie

von sich aus die Einwohner- und Spezialdienste aufsuchte, sagten ihr die Angestellten, die abgelaufene Aufenthaltsbewilligung sei kein Problem. Wenn sie in eine Polizeikontrolle gerate, könne sie sagen, sie sei aus Biel. Die Polizei wisse, dass die Stadt im Rückstand sei. Darauf antwortete sie, sie wolle aber in die Ukraine reisen. Daraufhin machte die Stadt das Angebot, ein kostenpflichtiges Visum auszustellen. All das nur, weil die Frist für den Hinweis, dass die Aufenthaltsbewilligung ablaufe, verpasst wurde. Deshalb reichte ich die vorliegenden Interpellation ein. Ich bin froh, dass Gemeinderat und Verwaltung wissen, wann die Aufenthaltsbewilligungen ablaufen. Aber ich bin nicht sehr glücklich darüber, dass die Fristen nicht besser über das ganze Jahr verteilt sind. Die Einladungen zur Verlängerung der Aufenthaltsbewilligungen könnten ja etwas früher verschickt werden, um die Spitzen etwas zu glätten. Ich freue mich aber darüber, dass in Zukunft wieder zeitgerechte Informationen verschickt werden sollen. Mit der aktuellen Situation bin ich nicht zufrieden. Sie scheint sich aber langsam zu verbessern. Ich bin aber befriedigt von der Beantwortung.

239. Verabschiedung Stefan Kaufmann

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Herr Kaufmann trat dem Stadtrat im Januar 2004 bei, wurde aber Ende 2004 nicht wiedergewählt. Im Juni 2006 konnte er dann nachrutschen und seither gehörte er dem Stadtrat lückenlos an. Er hatte viele Funktionen. So war er Vize-Präsident und Präsident der PPP-Kommission und engagierte sich stark für das Projekt «Stades de Bienne». Er war Fraktionspräsident einer Fraktion, die sich öfters umbenannte (Forum, FDP/PRR/EVP/EDU, FDP). Er diente dem Stadtrat jahrelang als engagierter Politiker und er suchte immer den Dialog. Namens des Stadtratsbüros danke ich Herrn Kaufmann herzlich für seinen Einsatz, sein Engagement und seine Dialogbereitschaft.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Jeder Wechsel und jeder Abschied sind einerseits ein Verlust, andererseits aber auch ein Gewinn. Auf den Gewinn komme ich am Schluss zurück. Warum ein Verlust? Aus meiner Sicht als Vize-Fraktions- und Parteipräsident gäbe es heute viel zu erzählen, aber auch viel zu verdanken. Wie die Stadtratspräsidentin bereits erwähnte, trat Stefan dem Stadtrat anfangs 2004 erstmals bei. Seit 2006 war er immer im Stadtrat, seit 2009 als Fraktionspräsident. Ich verstehe gut, dass du, Stefan, nun nach 13 Jahren genug hast. In deinem Rücktrittsschreiben erwähnst du, dass du aufgrund der gesteigerten beruflichen Belastung deine Aufgabe im Stadtrat nicht mehr so wahrnehmen könntest wie von dir gewünscht. Du hinterlässt im Stadtrat grosse Spuren und zwar nicht indem du laut oder polemisch geworden bist, sondern durch deine Arbeit. Dein Engagement war geprägt von grosser Sachkenntnis und vielen Vermittlungsversuchen zwischen den Fraktionen, was in den letzten Jahren immer schwieriger wurde. Ohne stur zu sein, suchtest du aus einer liberalen Sichtweise heraus nach gemeinsamen Lösungen für die gesamte Bevölkerung. Du hast die städtische Finanzlage mehrmals mit ruhigen Worten so geschildert, wie sie wirklich ist. Aber ab und zu spürten wir doch, dass du dich über unsachliche oder unlogische Argumente nervtest. Du warst ein umsichtiger Präsident der PPP-Kommission, die an Stelle der GPK den Bau der Tissot Arena begleitete. Aber auch die neue Struktur der Betagtenheime war dir ein grosses Anliegen und du hast eine zeitgemässe Lösung vorgeschlagen. Leider unterlag diese

Lösung und der Gemeinderat sucht momentan aufgrund eines Stadtratsentscheids einen anderen Weg. Anfangs sprach ich auch von Gewinn. Wo sehe ich einen Gewinn? Ich sehe den Gewinn vor allem bei dir selbst und deiner Familie, und zwar in dreifacher Hinsicht. Deshalb habe ich auch drei kleine Geschenke mitgebracht. Du hast jetzt erstens mehr Zeit für deinen Beruf. Agenda, Telefon und Handy werden nun durch anderes belegt als durch den Stadtrat. Langweilig wird es dir sicher nicht. Ich hoffe aber, dass du auch mehr Zeit für Erholung und Musse finden wirst. Wer dich kennt, weiss, dass du gerne Bier trinkst. Wir schenken dir deshalb eine Flasche Bier und einen Gutschein des Bierladens. Neben deinem selber gebrauten Bier soll dir dieses Geschenk etwas Abwechslung bringen, auch wenn dein eigenes Bier sehr gut ist. Im Weiteren hoffe ich, dass deine Familie und du noch mehr Zeit finden werdet, um in euer Ferienhaus in Frankreich zu fahren. Deshalb schenken wir dir als zweites eine kleine Apotheke, die auch Geld für die Autobahngebühren in Frankreich enthält. Schliesslich gewinnt auch deine Familie, insbesondere deine Frau, die dich oft vermisst hat. Deshalb schenken wir dir als drittes einen grossen Blumenstrauss, den du ihr heimbringen und ihr sagen kannst, du hättest nun mehr Zeit für sie. *(Applaus)*

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Cher Stefan, le Groupe PRR tient à te rendre un hommage tout particulier. En effet, ta grande sympathie envers les francophones et ton intérêt pour la culture française, pas seulement dans le domaine culinaire, est une facette de ta personnalité qui est peu connue, mais que tu as toujours affichée, en tout cas à l'égard de nous autres, tes alliés politiques de la minorité linguistique. Nous avons souvent pu goûter à tes anecdotes sur la Provence, où tu te rends souvent. Nous avons apprécié ta connaissance profonde des dossiers techniques, et pas uniquement ceux qui ont trait aux maisons de retraite ou aux montages financiers. Tu es vraiment imbattable dans de nombreux domaines où il s'agit à la fois d'engager prudemment les deniers publics et de maximiser le retour sur investissement, pour le bien de tous. Nous allons regretter ton énorme expérience, tes conseils fructueux, tes rappels constants à nos valeurs radicales et ta lucidité politique face aux objectifs à atteindre et aux moyens pour y parvenir, dans le respect des règles que nous nous sommes données. Durant nos débats et discussions tu as aussi toujours su faire la part des choses et toujours essayé de trouver une solution aux problèmes, qui soit la plus proche des gens et du bon sens. Une autre conviction très forte chez toi, homme féru de comptes et d'exégèse budgétaire, consiste en l'idée que nous devons nous imposer aussi davantage de rigueur dans la gestion des deniers du contribuable, davantage de rigueur dans le respect des règles de droit, mais également davantage de dynamisme et de capacité d'innovation dans le domaine économique, dans l'éducation, et pourquoi pas dans la culture. Tu sais ce qui peut être fait et ce qui est impossible, tu sais douter et dialoguer pour trouver des réponses. Je t'ai toujours vu lancer des ponts vers les autres formations, souvent avec succès, surtout lorsqu'en face tu avais d'autres citoyens et citoyennes soucieux du bien public.

Nous garderons de toi l'image d'un homme aimable, ouvert, cultivé, tolérant et apte à la critique constructive. Nous saluons avec grand respect ton engagement politique: douze années, trois mandats parlementaires. Toutes ces années consacrées à l'action politique, mais aussi à la recherche de ce qui est bon et raisonnable pour nos concitoyens et concitoyennes, ont fait que ta présence a logiquement assuré la présence des radicaux sur le terrain. Tu as été, tu es un homme d'action, un homme du réel, un pragmatique et tu l'as encore démontré ce soir. Alors, honneur à toi,

Stefan, et un énorme merci pour tout ce que tu nous as apporté! Je me réjouis de venir boire une de ces bières que tu brasses toi-même. Mais d'abord, je te remets un petit souvenir personnalisé de la part de tes amis du Groupe PRR. Härzleche Dank, Stefan, hää Sorg und mach's guet!

Wiher Max, Fraktion GLP: Lieber Stefan, ich schätzte dich als Stadtratsmitglied und als Person immer sehr. Während fast 12 Jahren konnte ich dich an den Fraktionspräsidienitzungen als sehr besonnene Person kennenlernen. Du führtest keine Grabenkämpfe, sondern behieltest immer das grosse Ganze im Auge. Diese Fähigkeit wird mit deinem Rücktritt aus dem Stadtrat leider weiter geschwächt, was ich sehr bedauere. Obwohl wir nicht immer gleicher Meinung waren, schätzte ich deine Kompetenz und Offenheit immer sehr. Auf dich konnte man zählen, egal ob als Verbündeter oder als Gegner. Du warst immer ehrlich. Das ist in der Politik sehr selten. Deshalb zähle ich dich zur «Specie Rara». Ich freue mich, wenn sich unsere Wege irgendwann irgendwo wieder kreuzen, vielleicht bei einem Bier. Ich wünsche dir beruflich wie privat von ganzem Herzen alles Gute. (*Applaus*)

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Lieber Stefan, politisch hatten wir immer wieder Differenzen, auch heute Abend noch. Nicht so oft, wie ich es mir gewünscht hätte, doch ab und zu, schafften wir es zu einem Schulterschluss und konnten Allianzen schmieden. Vor allem freute mich der gute Austausch auf menschlicher und kollegialer Ebene mit dir. Wenn wir etwas abmachten, blieb es dabei. Du sagtest, was möglich ist und was nicht. Diese Klarheit schätzte ich immer sehr. Solche Klarheit und Loyalität sind in der Politik selten. In der Begründung für deinen Rücktritt las ich, dass du mehr Zeit brauchst für deine beruflichen Tätigkeiten. Ich hätte dir gewünscht, dass du zurücktreten würdest, um mehr Zeit für Privates zu haben, für deine Familie, deine Hobbies, das Bierbrauen oder Reisen nach Frankreich. Aber wir alle wissen, du bist ein "Krampfer". Ich hoffe, dass du trotzdem künftig etwas mehr Zeit für dich herausnehmen kannst. Ich wünsche dir alles Gute und viel Befriedigung bei allem, was du anpackst. Danke für die gute Zusammenarbeit. (*Applaus*)

Augsburger-Brom Dana, SP: Lieber Stefan, wir haben lange Zeit zusammengearbeitet. Ich lernte dich in der PPP-Kommission kennen. In Kommissionen ziehen alle am gleichen Strick. Wir erlebten eine Zeit, in der die Auswirkungen der Finanzkrise im Stadtrat noch nicht so stark zu spüren war. Der Stadtrat war sich in vielen Themen einig und es konnten Bündnisse geschlossen werden. Aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise waren wir aber immer seltener der gleichen Meinung oder verfolgten die gleichen Ziele. Die Zusammenarbeit und der Kontakt zu dir blieben für mich aber immer gleich respektvoll. Das schätzte ich sehr. Du wirst im Stadtrat fehlen. Zu all deinen guten, bereits erwähnten Eigenschaften möchte ich noch beifügen, dass du über eine gewisse "Coolness" verfügst und einen kühlen Kopf behältst. Du wirst mir, wie allen anderen auch, fehlen. Etwas Gemeinsames haben wir nun doch noch: beide geben wir heute das Amt des Fraktionspräsidiums auf, das uns während langen Jahren verband. Ich wünsche dir alles Gute auf deinem Weg und danke dir für dein grosses Engagement für den Stadtrat. (*Applaus*)

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Lieber Stefan, auch die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nimmt mit grossem Bedauern zur Kenntnis, dass du den Stadtrat heute verlässt. Wir haben deine Voten immer sehr geschätzt. Es war

immer ein erfreuliches Erlebnis, wenn du ans Rednerpult tratest. Deine Voten waren immer sehr sachlich, präzise, prägnant und korrekt. Diese Eigenschaft wird im Stadtrat sicher fehlen. Du hinterlässt eine grosse Lücke. Ich danke dir herzlich für die im Stadtrat geleistete Arbeit und wünsche dir im Namen der Fraktion SVP/Die Eidgenossen alles Gute. Ich hoffe, wir sehen uns bei anderer Gelegenheit wieder einmal. *(Applaus)*

Kaufmann Stefan, FDP: Ich wusste gar nicht, dass ich so gut bin, wie ihr mich heute beschrieben habt... danke für diese Statements! Es ist tatsächlich so, dass mein berufliches Umfeld massiv anspruchsvoller geworden ist. Als halbwegs selbstständig Erwerbender wird es immer schwieriger, für sich und seine Mitarbeitenden zu sorgen. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb ich den Stadtrat verlasse. Das Private kommt trotzdem nicht zu kurz, Christoph. Meine Frau lachte mich schon aus, weil ich keine weiteren Mandate mehr annehmen will. Zum Mandat im Stadtrat sagte ich immer, wenn mich die Bevölkerung wählt, bin ich dabei. Aber wenn ich zu etwas Ja sage, möchte ich es richtig machen. Nun ist es halt so weit gekommen, dass mir die Zeit nicht mehr reicht, um den Ansprüchen gerecht zu werden. Das ist nicht, was ich will. Ich denke, dass ich mein Mandat mit viel Engagement, grosser Sorgfalt und Verantwortung ausgeführt habe. In all den Jahren habe ich eine einzige Sitzung verpasst. Sogar am 20. August 2009, meinem 50. Geburtstag, war ich im Stadtrat. Ich versuchte immer, meine Voten sachlich zu halten und nicht auf Personen zu zielen. Es tut mir leid, wenn ich jemals jemanden verletzt haben sollte, das war keine Absicht. In all den Jahren durfte ich interessante Projekte mitbegleiten, so zum Beispiel das PPP-Projekt «Stades de Bienne». Ich bin das einzige Stadtratsmitglied, das dieser Kommission von Anfang bis Ende angehörte und das Stadion entstehen sah. Ich bin nicht der einzige, der seit Beginn des Projektes noch im Stadt- oder Gemeinderat ist. Dazu zählen auch Martin Scherrer, Erich Fehr und Barbara Schwickert. Aber jedesmal, wenn ich in der Tissot Arena bin, habe ich Freude und das Gefühl, das Stadion gehöre auch etwas mir. Ich weiss, wo der Grundstein liegt, darauf bin ich stolz. Das Mandat im Stadtrat gibt einen guten Einblick in das Funktionieren einer Verwaltung. Es ist spannend. Manchmal wird am Stammtisch gefragt, weshalb die Verwaltung etwas nicht anders aufgleise. Sieht man aber wie eine Verwaltung funktioniert, was möglich ist und was nicht, ist dies sehr hilfreich. Der Stadtrat hat tatsächlich eine, wenn auch geringe, Tendenz zu Blockbildung. Mir wurde das bewusst, als mir einmal ein Aussenstehender sagte, die Stadt Biel sei die einzige Stadt, die es schaffe, einen Platz zu verpolitizieren (es handelte sich um den Neumarktplatz). Das gab mir zu denken, denn an und für sich ging es um ein Sachgeschäft.

Bei der Arbeit als Stadtrat ist man auf Hilfe angewiesen. Diese Hilfe erhält der Stadtrat vom Ratssekretariat. Ich danke der Ratssekretärin und ihren Mitarbeiterinnen herzlich für diese Unterstützung. Ich danke auch dem Gemeinderat, selbst wenn wir nicht immer gleicher Meinung waren. Ich hatte aber immer das Gefühl, man könne miteinander reden, aufeinander zugehen und Lösungen finden. Ich danke auch der Verwaltung. Es war immer interessant: als Stadtrat erhält man mit einem Telefonanruf eigentlich alle Informationen, die man benötigt und meistens werden die gestellten Fragen beantwortet. Die Situation im Stadtrat ist leider so, wie sie auch in der Gesellschaft ist: es gibt Blöcke. Da ist die Stadt Biel nicht die einzige. Die Bereitschaft für Kompromisse oder die Suche nach einem Konsens ging etwas verloren. Das bedauere ich, denn beides war mir immer ein Anliegen. Ich denke, wenn Politik nach

der Idee von Sieg und Niederlage betrieben wird, gibt es nur Niederlagen. Wenn so politisiert wird, dass die einen Recht haben und die anderen nicht, kann niemand gewinnen. Gewinnen kann man nur, wenn miteinander Lösungen gefunden werden. Leider habe ich im Moment das Gefühl, der Stadtrat beschäftige sich vor allem mit sich selber oder er beschäftige die Verwaltung mit Belanglosigkeiten. Wer Vorstösse einreicht, sollte sich überlegen, was damit genau erreicht werden soll und welchen Wert der Vorstoss hat. Zugenommen hat auch das Bewirtschaften von eigenen Befindlichkeiten und die Empörung. Auch störte mich in letzter Zeit, dass viele Themen auf der emotionalen Ebene ausdiskutiert wurden statt auf der sachlichen. Ich bin aber sicher, dass dies nur ein kleiner Durchhänger ist... Sie alle werden es schaffen, wieder vermehrt konstruktiv miteinander zu arbeiten, zum Wohle der Stadt. Dafür wünsche ich Ihnen alles Gute! (*langer Applaus*)

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Herzlichen Dank, Stefan. Ich hoffe, dich und deine Frau noch am Jahresabschlussessen des Stadtrates zu treffen. Ich danke allen, die sich bereits für diesen Anlass angemeldet haben und wünsche gute Heimkehr.

240. Neueingänge

20180362	Dringliche Motion Ruth Tennenbaum, Fraktion Einfach libres!	PRA
	Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5	STK
	Votation consultative sur le contournement Ouest par l'A5	
20180363	Motion urgente Olivier Wächter, Groupe UDC/Les Confédérés	CHM
	Présidence de la ville: nouvelle proposition	
	Stadtpräsidium: neuer Vorschlag	
20180364	Dringliches Postulat Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO	PRA
	A5 Westast Marsch-Halt, Dialog und Vergleich auf Grund der aktuellen Verkehrszahlen	
	Contournement Ouest par l'A5: pause, dialogue et comparaison sur la base des données actuelles en termes de trafic	
20180365	Dringliches Postulat Lena Frank, Fraktion Grüne	DSS
	Keine Schlupflöcher bei der Mehrwegpflicht	
	Plus d'échappatoires à l'obligation de vaisselle réutilisable	
20180366	Interpellation urgente Maurice Rebetez, Groupe PSR	ASS
	Terrasses et aménagement de la Rue du Marché	MAI
	Terrassen und Ausgestaltung der Marktgasse	TEE DFI
20180367	Postulat Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO	DSS
	Verkehrsschulungsanlage für Alle	FID
	Centre d'éducation routière pour tous et toutes	BEU
20180368	Postulat Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO	BEU
	Stopp dem Transit-Schwerverkehr auf der Ost-West-Achse durch die Stadt Biel	PRA
	Stop au trafic de transit parasite sur l'axe est-ouest à travers Bienne	
20180369	Postulat Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO	FID
	Sofortige Umsetzung der Fussgänger/innen- und Veloverbindung Gartenstrasse (fehlendes Teilstück)	PRA BEU
	Réalisation immédiate des liaisons piétonnières et cyclistes à la rue des Jardins (tronçon manquant)	
20180370	Postulat Dennis Briechele, GLP	BEU
	Vervollständigung Gartenstrasse	FID
	Achèvement de la rue des Jardins	PRA

20180371	Postulat Susanne Clauss, Muriel Günther und Anna Tanner, Fraktion SP/JUSO	PRA
	Lohnungleichheit bis 2023 behoben Supprimer les inégalités salariales jusqu'en 2023	
20180372	Interpellation Pierre Ogi, PSR	MAI
	Une plage publique, pour le public Ein öffentliches Strandbad für die Öffentlichkeit	
20180373	Interpellation Reto Gugger, BDP	DSS
	Verkehrssituation bei Grossdemonstrationen Situation en termes de trafic lors de grandes manifestations	
20180374	Interpellation Pascal Bord, PRR	ASS
	Pourquoi le Conseil municipal a-t-il mis fin à une sympathique tradition des pompiers ? Warum hat der Gemeinderat einer sympathischen Tradition der Feuerwehr ein Ende gesetzt?	

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:13 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane